

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
ganzzährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
lieferung der Retourmarken.

Ersteinst mit Ausnahme
des Montags täglich 1927

7. Jahrgang.

Samstag, 5. März 1927.

Nr. 54.

Ihr wollt mit uns kämpfen?

I.

Boraufl zielt nach der Darstellung der Kommunisten der herrschende Kurs ab? Auf die Verschlechterung der sozialen Gesetzgebung, auf das Verderb des Mieterschutzes, auf die Vernichtung der Gemeindeautonomie, auf die Errichtung des Absolutismus der Bürokratie, die Vernichtung des Restes nationaler Selbstverwaltung, auf die Unterstellung der arbeitenden Bevölkerung unter die Polizeifuchtel, auf die Befriedigung des schäblichsten Profitinteresses der Agrar-, Industrie- und Finanzkapitalisten, auf die Unterdrückung und Entrechtung der Arbeiterklasse und schließlich, aber nicht zuletzt, auf die Stabilisierung des Hungers und Elends der arbeitenden Massen. Diese Feststellungen, kommunistischen Reden und Publikationen entnommen, enthalten gar nichts Neues, sie sind nur der Ausdruck der Erkenntnis, die heute jeder Arbeiter fühlt, daß die international organisierte Bourgeoisie zum Generalangriff auf die Arbeiterklasse übergeht, wir haben sie nur wörtlich zitiert, um zu zeigen, daß auch die Kommunisten wissen, es sei eine Zeit der höchsten Gefahr für das Gesamtproletariat des Staates gekommen, in der alles aufgegeben werden muß, um die bedrohten Positionen und Errungenschaften der Arbeiterschaft zu schützen. Die Kommunisten wissen also, um was es geht, wo der Feind steht. Kennen seine Absichten und wissen, daß es langer Zeit, Opfer und Anstrengungen bedürfen würde, das Verlorene zurückzuerobern, wenn die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit nicht kampffähig genug wäre, den Angriff der Reaktion abzuwehren.

Die kommunistische Partei hat bei den letzten Wahlen rund eine Million Stimmen auf sich vereinigt, sie rühmt sich, die stärkste proletarische Partei zu sein und nennt sich mit verschwenderischem Pathos die revolutionäre Avantgarde des Proletariats. Was tut sie nun, um das Vertrauen ihrer Million Wähler zu rechtfertigen, wie bereitet sie die Abwehr der vernichtenden Schläge der Bourgeoisie vor? Was müßte sie aus der Einsicht in die augenblicklichen Kampfnotwendigkeiten tun? Die Kommunisten werden darauf verweisen, daß sie gegen die Bürgerregierung Artikel schreiben, Reden halten und Resolutionen beschließen. Bedauerlich ist nur, daß die Kommunisten es so weit gebracht haben, daß alle solche aufgedruckte kommunistischen Publikationen heute nur mehr den Wert von Makulaturpapier haben und keine stärkere Beachtung finden, als die eines Regel- oder Pfeifenkubus. Der phantastischste Kommunist wird sich nicht einbilden, daß die durch die kommunistischen Reden hervorgerufene Lusterfütterung der Reaktion mehr als ein mitleidiges Lächeln abzwängt. Tatsächlich gibt es nur ein Mittel, ihren Aufsturm auszuhalten, wenn es gelingt, der geeinigten Reaktion die geeinigten, geschlossene Macht der gesamten Arbeiterklasse entgegenzuwerfen. Die Arbeiterklasse ist im Staate so stark, daß es ausgeschlossen erachtete, bei ihrer vollen Einheit gegen sie zu regieren. Diese primitive Wahrheit begreift bereits jeder einzelne Proletarier, und auch die kommunistische Partei hat sie erkannt, darum ihre Parole von der proletarischen Einheitsfront. Allerdings — und das ist das Entscheidende — ist sie bisher den Beweis völlig schuldig geblieben, daß es ihr um diese Einheitsfront ernst ist, daß sie diese Parole propagiert, um wirklich und ehrlich den Abwehrkampf der Arbeiterschaft zu organisieren; dagegen erbringt sie täglich den Beweis, daß sie ihr nur die Mauische für die Sozialdemokratie ist. In der sich freilich nicht das kleinste Mäuslein mehr fangen will.

Vor allem: was gibt die Millionenpartei der Kommunisten für ein Rezept an, um die Zustände im Staate zu ändern und die der Arbeiterschaft schädliche Regierung zu beseitigen? Eine Partei, die i. stark ist und die täglich behauptet, alle Weisheit allein gepachtet zu haben, muß eine Antwort darauf wissen, was zu geschehen hat. Nach angestrengtem Suchen

haben wir in den kommunistischen Auslassungen der letzten Zeit zwei Sätze gefunden, die wie ein positives Kampfziel ausschauen. Es sind die zwei Schlüsselsätze in der Rede, die Herr Karl Kreibich anläßlich der Parlaments-eröffnung gehalten hat:

Unser Kampf muß geführt werden für die Sozialisierung der Banken, des Bergbaues und der Schwerindustrie, um dem Kapitalismus jene Positionen zu nehmen, von denen aus er die ganze Gesellschaft und den ganzen Staat ökonomisch beherrscht. Unser Kampf muß geführt werden für eine Regierung der Arbeiter und Bauern in diesem Staate, unser Kampf muß geführt werden für die Verwirklichung der Union der sozialistischen Republiken Europas.

Das klingt natürlich fürchterlich revolutionär, ist aber nur ein Dokument dafür, daß, wenn der Tag lang ist, Herr Kreibich viel zusammenredet. Und es ist ein Beweis, daß die kommunistische Partei in ihrer Unfähigkeit für die Arbeiterschaft nur tönende aber leere Pyrasen übrig hat. Eine Kampfsparole auszugeben, welche die Sozialisierung der Banken und der Schwerindustrie will, in einem Augenblick, da das sozialistische Proletariat in die Defensive gedrängt ist, heißt die Arbeiter foppen, ihnen anstatt eines wirklichen Zieles Illusionen vor die Augen zu stellen. Es geht jetzt natürlich nicht um Endziele des Sozialismus, sondern um einen zeitlichen und höchst notwendigen Abwehrkampf, um die Positionen der Arbeiterschaft vor der Vernichtung durch die Reaktion zu schützen. Smeral hat in seiner letzten Rede selber festgestellt: „Wir wissen, daß jetzt keine unmittelbar revolutionäre Situation besteht.“ Wahrhaftig nicht, denn noch nie sah die kapitalistische Reaktion so fest im Sattel wie gerade jetzt, nicht zuletzt durch die Schuld der Kommunisten, deren unsinnige Taktik es dahin gebracht hat, Europa zu einer Domäne dieser Reaktion zu machen. In dieser Situation, der das Proletariat zuerst sein nacktes Leben verteidigen muß, nichts anderes zu wissen, als den Arbeitern zu zeigen, sie müßten Banken und Schwerindustrie sozialisieren, ist ebenso eine nichtswürdige Täuschung, wie ein Einbestimmen der Nationalität.

Aber Herr Kreibich jagte noch etwas anderes: Kampf für eine Regierung der Arbeiter und Bauern in diesem Staate! Das soll ein augenblicklich erreichbares Ziel sein, das geeignet ist, der Arbeiterklasse aus den gegenwärtig drohenden Gefahren herauszuhelfen? Was stellen sich die Kommunisten unter einer solchen Arbeiter- und Bauernregierung vor, und mit wem wollen sie sie bilden? Wo sind die Bauern, die für ein solches Regierungsbündnis in Betracht kommen? Haben die Kommunisten etwa jene Bauern im Auge, die in den agrarischen Parteien organisiert sind, denen wir die Hungerzölle, die Kongrua, die ungeheueren Kreditskredite und die Vorlage über die Prügelform zu danken haben? Da die Kommunisten dies wahrscheinlich ablehnen werden, bleibt also noch immer die Frage, wo denn die Bauern sind, die für eine Regierung mit den Arbeitern zu haben wären. — Kommunistisch gesinnte Bauern dürfte man mit der Laterne suchen müssen, bleibt also nur noch das Landproletariat. Aber auch von diesem steht kaum mehr als ein Prozent in den kommunistischen Reihen. Wie mit diesen und den in den sozialistischen Parteien organisierten Landproletariern in absehbarer Zeit eine Arbeiter- und Bauernregierung zu bilden wäre, ist unerfindlich. Wahrscheinlich verstehen die Kommunisten unter Arbeiter- und Bauernregierung eine Regierung nach russischem Muster, welche die kommunistische Diktatur zur Voraussetzung hat. Nicht also Zusammenschluß der bestehenden sozialistischen Parteien mit den übrigens vorläufig gar nicht existierenden bäuerlichen Parteien, welche die Demokratie, die sozialen und kulturellen Errungenschaften zu verteidigen bereit sind, sondern Diktatur einiger Personen, denen ein paar Arbeiter und Bauern die Staffage abgeben. Es wird nicht viele Menschen bei uns geben, die den Wunsch haben, aus dem Regen in die Traufe zu kommen, und

die sich nach demselben lehnen, sich durch Bürgerkrieg und Diktatur „retten“ zu lassen, um sich dann, wie es in Rußland ist, nachdem Millionen von Menschen verhungert und getötet wurden, in die Fänge des Kapitalismus zurückführen zu lassen. Abgesehen davon, glauben doch nicht einmal mehr die Kommunisten daran, daß für eine Revolution aussichtsreiche Voraussetzungen gegeben sind. Nach eigenem kommunistischem Geständnis dürfte es noch Jahrzehnte dauern, ehe ihre Revolution kom-

men kann. Solange müßten die Arbeiter warten, ehe die Kommunisten ihnen „helfen“ und die Arbeiter- und Bauernregierung schaffen können. Damit ist für den gegenwärtigen Kampf gegen die herrschende Reaktion noch nichts getan. Wie wollt Ihr also kämpfen? Welche Richtschnur gebt Ihr der Arbeiterschaft? Welches sind die Waffen, die ihr bereit habt, um die Gefahren zu bannen? (Ein zweiter Artikel folgt.)

Die Arbeiterschaft hat das Wort!

Massenverlammlung gegen die Verwaltungsreform in Teplig-Schönau.

Für gestern abends 7 Uhr hatte unsere Partei in die Reptunsäle in Teplig-Schönau eine Protestversammlung gegen die Verwaltungsreform einberufen. Der große Saal sowie der Seitentrakt und der rückwärtige Raum waren dicht gefüllt.

Genosse Dr. Czech behandelte in eineinhalbstündiger Rede die politische Vorgeschichte der Verwaltungsreform, besprach dann an vielen Stellen, von zustimmenden Zwischenrufen unterbrochen, die wichtigsten Bestimmungen, die Tragweite und die Gefahren dieses Entwurfes über die Verwaltungsreform und verteidigte mit aller Eindringlich-

keit auf die noch geplanten Attentate auf die arbeitende Bevölkerung, auf die Anschläge gegen die sozialpolitischen Errungenschaften und die Gefahr der Abschaffung des allgemeinen Wahlrechtes in die Gemeindevertretungen und schließlich auch in das Parlament. Langanhaltender Beifall folgte den Ausführungen des Genossen Dr. Czech.

Nach ihm sprach Genosse Dr. Heller, der die einzelnen Bestimmungen des Verwaltungsreformentwurfes einer scharfen Kritik unterzog. Er verlas sodann eine Resolution, die unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen wurde.

* * *

Der Protest der ostböhmischen Arbeiterschaft.

Riefige Verlammlung in Jungbunzlitz.

Jungbunzlitz, 4. März. Heute fand in dem Ort Jungbunzlitz eine imposante Kundgebung der Arbeiterschaft gegen die Verwaltungsreform und das reaktionäre Regierungssystem statt. Die großen Betriebe Jaltis, Röhitz, König, Etlich stellten schon um 4 Uhr Nachmittags die Arbeit ein und die Belegschaften strömten ins Hotel „Bischl“, dessen großer Saal sich in kurzer Zeit überfüllte. Kopf an Kopf standen die unterernährten, abgeplagten Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen, ja selbst die Bühne war mit Zuhörern vollbesetzt, so daß für den Referenten kaum ein Platz übrig blieb. Es waren in der Versammlung 1200—1300 Personen anwesend. Das Referat des Genossen Jaltis fand gesponsierte Aufmerksamkeit der versammelten Arbeiterschaft und wurde vielfach mit Entrüstungskundgebungen gegen die Regierungsparteien unterbrochen. Die Versammlung nahm zum Schluß eine vom Genossen Erben vorgeschlagene Entschließung an, welche folgenden Wortlaut hat:

„Die massenhaft versammelte Arbeiterschaft der Jungbunzlitzer Betriebe erhebt leidenschaftlichen Protest gegen das Schandwerk absolutistischen Polizeiregimes, genannt Verwaltungsreform. Die geplante Diktatur der Bürokratie in der Verwaltung, die Verschärfung des Prügelpotentials und die Verkürzung des allgemeinen Wahlrechtes wird auf den erbittertesten Widerstand der Arbeiterschaft stoßen, die mit allen Mitteln dagegen ankämpfen wird. Die Versammelten geloben, jene Parteien und Abgeordneten, die sich zu Helfershelfern der persönlichen, politischen und nationalen Freiheit hergeben, schonungslos zur Rechenschaft zu ziehen. Nieder mit den deutsch-bürgerlichen Verrätern der Volksherrschaft! Nieder mit der schwarz-grünen Kapitalistenregierung! Hände weg von dem allgemeinen Wahlrecht! Heraus mit der nationalen Autonomie und der demokratischen Selbstverwaltung.“

Die Versammlung war eine der größten Kundgebungen, welche die Jungbunzlitzer Arbeiterschaft seit dem Umsturz veranstaltet hat und ihr großartiger Verlauf lieferte den Beweis, daß unser Kampf gegen die Verwaltungsreform von den breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung verstanden wird.

Eine grandiose Massenkundgebung in Karlsbad.

Donnerstag abends fand im großen Schützenhaus in Karlsbad eine von unserer Partei veranstaltete Protestversammlung statt, die massenhaft besucht war. Zur Zeit des Versammlungsbeginns war der Saal bereits so überfüllt, daß viele ununterrichtete Dinge weggehen mußten. Das Referat erkannte unter stürmischem Beifall Abgeordneter Genosse de Witte. Er schloß, während sich die Versammlung erheben hatte, mit dem Ruf, die Toten des 4. März durch Fortführung des Kampfes für jene Ideale zu löhnen, für die sie gefallen. Unser Karlsbader Kreisblatt berichtet von einer Kampfstimmung, wie sie selten noch in diesem Maße zu sehen war.

Die Warnsdorfer Stadtverwaltung nahm in ihrer kürzlich stattgefundenen Sitzung eine von der deutschen sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte, gegen die geplante reaktionäre Verwaltungsreform gerichtete Entschließung mit allen Stimmen an, also auch mit jenen der Mitglieder der deutschen Regierungsparteien.

In den letzten Tagen fand in Westböhmen bereits eine ziemliche Anzahl von Protestkundgebungen statt. So in Wehediß eine Vertrauensmännerversammlung der Raolinarbeiterschaft, die sich einmütig und scharf gegen die reaktionären Anschläge der Bürgerregierung wendete. Eine gutbesuchte öffentliche Parteiversammlung mit prächtigster Kampfes-

Der Kampf der Eisenbahner

Oktroi der Dienstordnung oder Mitbestimmungsrecht des Personals?

Unter den Eisenbahner herrscht eine große, von Stunde zu Stunde wachsende Erregung. Die Regierung des Bürgerblocks beabsichtigt nicht weniger, als mit einem Schlage die Menschen, welche Tag und Nacht den anstrengenden, verantwortungsvollen Dienst auf den Eisenbahnen leisten, zu willenlosen Sklaven der Eisenbahnverwaltung zu machen, ihnen jedes Recht der Mitbestimmung, ja nur des Gehörwerdens zu nehmen, wenn es sich um die wichtigsten Rechte des Personals handelt. Die Erregung unter den Eisenbahner ist deswegen so angewachsen, weil seit einem Jahrhaft die Lage der Arbeiter und Angestellten auf den Bahnen sich ständig verschlechtert hat.

Unmittelbar nach dem Kriege ist es den Eisenbahner ebenso wie den anderen Arbeiterschichten zunächst gelungen, ihre Lage zu verbessern. Durch das Gesetz 541, aus dem Jahre 1919, wurde ein Teil der den Eisenbahner schon früher gewährten Feuerungszulagen in den Gehalt (Pensionsberechnungsgrundlage) eingerechnet und ihr Einkommen teilweise valorisiert, durch das Gesetz 222, aus dem Jahre 1920, wurden die Arbeiter und Angestellten auf den Eisenbahnen in ein neues Gehaltschema eingereiht und ihnen die Möglichkeit des Aufstieges aus niederen in höhere Kategorien geboten. Damit hatte aber auch die sozialpolitische Aera auf den Eisenbahnen schon ihr Ende erreicht, und nun jagte eine Verschlechterung die andere. Das Gesetz 394, aus dem Jahre 1922, brachte bereits den Abbau der vom Staate übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der Zahlung der Personalsteuer und der Pensionsbeiträge sowie die Verringerung der Feuerungszulagen um 20 Prozent, und schließlich den Entzug gewisser Familienzulagen ab 1. Jänner 1923. Das Gesetz 404, von 1924, devalvierte die ständigen (pensionsberechtigten) Arbeiter und Vertragsarbeiter, die der Vorstand zum üblichen Tagelohn aufnehmen und nach Belieben entlassen konnte, was einer Herabsetzung des Einkommens der Eisenbahnerarbeiter auf die Hälfte gleichkam. Das Gesetz 286 desselben Jahres brachte den Abbau von 19.000 Eisenbahner, zum Teil durch deren vorzeitige Pensionierung, zum Teil durch brutale Entlassung. Im Paragraph 6 dieses Gesetzes werden den Eisenbahner langjährig, schwer erkrankte Rechte einfach weggenommen, die automatische Vorrückung wird mit einem Federstrich beseitigt. Durch den Paragraph 30 tritt die alte Dienstpragmatik außer Kraft. Schließlich machte das Gesetz 103 von 1926 die Vorrückung von der Systemisierung der Stellen abhängig, wodurch für viele Vertragsbedienstete das Definitivum gefährdet und bei vielen anderen Angestellten die Vorrückung auf Lebenszeit eingestellt wird. Ebenso bedeutete die Gleichstellung der Eisenbahner mit den übrigen Staatsangestellten den Abbau aller Erwerbszulagen, welche die Eisenbahnerbediensteten mit Rücksicht auf ihren gefährlichen Beruf schon im alten Oesterreich besaßen. So hat die Gesetzgebung die Stellung der Eisenbahner vielfach hinter die im letzten Jahrzehnt der alten Monarchie bestehenden Rechte zurückverdrängt.

Gerade deswegen aber können sich die Eisenbahner eine weitere Verletzung ihrer Rechte nicht mehr gefallen lassen. Und dennoch plant die Regierung einen Schritt, der geradezu eine Provokation des Eisenbahnerpersonals ist. Analog den Betriebsausschüssen bestehen nämlich bei den Eisenbahnen Vertrauensmännerkollegien und ein Zentralvertrauensmännerauschuss, der das statutarisch (durch eine Ministerialverordnung) gewährleistete Recht besitzt, bei der Aufsicht über die Durchführung von gesetzlichen und sonstigen Anordnungen betreffend den Schutz und die Sicherheit der Bediensteten sowie in Personal- und sozialen Fragen mitzuwirken. Nun soll eine neue Dienstordnung erlassen werden, welche die Durchführungsverordnung zum Gesetz 103-1926 sein soll, aber der Eisenbahnerminister Rajman hat den Vertrauensmännern der Eisenbahnerbediensteten den Entwurf der Dienstordnung gar nicht gezeigt und will sie in dieser Angelegenheit nicht einmal anhören. Es besteht viel mehr die Absicht, die neue Dienstordnung einfach zu oktroyieren und sie dem Personal aufzuzwingen. Man will also den Eisenbahner das ersehnte Mitbestimmungsrecht mit einem Federstrich wegnehmen und so auch hier den „Revolutionschritt“ wagen.

Dabei will das Eisenbahnerministerium besonders schlan sein! Es weiß, daß bei einem Kampf auf den Eisenbahner die Stimmung der gesamten Oesterreich von Belang ist, und deshalb sucht die Regierung die Eisenbahner in einen Kampf um — die Regierung zu treiben. Sie hält die Dienstordnung noch zurück, hat aber die Verordnung über die Erhöhung der Regierfahrarten der Eisenbahner bereits (am 21. Februar) herausgegeben. Regierfahrarten der Eisenbahner gibt es in allen Ländern, die billigere Fahrt bildet geradezu einen Teil des Einkommens der Bediensteten. Während die Eisenbahnverwaltung noch während der Feuerung keinem Arbeiter auch nur einen Heller Zulage gewährt, schränkt sie eine alte Begünstigung des Personals ein. Die Eisenbahner sind über diesen Streich in Unmut geraten, weil die Erhöhung der Fahrpreise für sie ein Glied ist in der Kette des Angriffes auf alle ihre Rechte und Begünstigungen.

Aber der Kampf gilt — und dessen müde sich die Oesterreichlichkeit bewußt sein — der Abwehr

einer den Eisenbahner oktroyierten Dienstordnung und ihrem bedrohten Mitbestimmungsrecht in Personalfragen. In der Ueberzeugung von der Wichtigkeit dieses Kampfes ist es zu einer einheitlichen Manifestation aller Eisenbahnerorganisationen gekommen, um die sich die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden deutschen Eisenbahner bereits im Vorjahre bemüht haben. Die Regierung müde bedenken, was sie tut, wenn sie es auf einen Kampf auf dem wichtigsten Verkehrsmittel ankommen lassen wird, der einen völligen wirtschaftlichen Stillstand zur Folge hätte. Sie müde es um so mehr bedenken, als die gesamte Arbeiterschaft dieses Landes mit ihren Sympathien voll und ganz auf Seiten der Eisenbahner steht. Denn wir alle wissen, daß ebenso wie die Regierung der Republik seinerzeit im Lohnabbau vorgegangen ist, auch jetzt der Angriff auf die Eisenbahner das Signal sein soll, das die Regierung des Bürgerblocks und der sozialen Reaktion den Unternehmern geben will zu einem Generalaufstand auf die gesamte Arbeiterschaft der Tschechoslowakei.

Der Wahlrechtsraub an den Soldaten vollzogen!

Der erste Schritt zur Beseitigung des allgemeinen Wahlrechtes.

Prag, 4. März. Der tschechisch-deutsche Bürgerblock hat heute eine neue Broschüre in das allgemeine Wahlrecht geschlagen, indem er im Verfassungsausschuss des Abgeordnetenhauses ohne Rücksicht auf die Verfassung, die allen Staatsbürgern ohne Unterschied die gleichen politischen Rechte verbürgt, die Regierungsvorlage annahm, durch die den aktiv dienenden Soldaten sowie Offizieren und Gajisten des Heeres und der Gendarmerie das Wahlrecht entzogen wird.

Der Referent Bralík (tsch. Agr.) erklärte, die Regierung sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß es im höchsten Interesse des Staates liege, daß weder in die Armee noch in die Gendarmerie Politik hineingertragen werde. Im Jahre 1925 hatten das Wahlrecht in die Nationalversammlung etwa 33.000 Soldaten, davon 19.000 auch in den Senat. Wenn der Soldat nicht Wähler sei, würden verschiedene Ursachen von Unübersichtlichkeit im Heere wegfallen. Zu den Gemeinden läßt die Soldaten nicht die geringsten Beziehungen und ihr Wahlrecht sei nur eine „unstatthafte Einmischung in fremde Angelegenheiten.“ Auch den Offizieren dürfe das Wahlrecht nicht belassen werden: der Soldat dürfe in dem Offizier nicht den Politiker und Klassenfeind sehen.

In ihrem Eifer haben die tschechischen Mehrheitsparteien ganz ausnahmsweise nicht einmal auf die Proteste ihrer „Granikari“ im deutschen Gebiet geachtet. Die durch den Wegfall der tschechischen Soldatenstimmen um viele Mandate in den deutschen Ger. e verlust gebracht werden können. Wenigstens erklärte der Referent entschuldigend, daß solche Erwägungen nicht entscheidend sein könnten, weil dies nur vereinzelte Fälle seien, und überdies die Sache auch umgekehrt sein könne.

In der Debatte erklärte der Kommunist Gati, seine Partei werde dafür sorgen, daß die Soldaten über den wahren Grund des Regierungsbeschlusses aufgeklärt würden. Der tschechische Nationalsozialist Hrusovský verwies vergeblich auf die geschädigten Interessen der tschechischen Minderheiten, deren Positionen in den Minderheitsgemeinden bedroht seien.

Agrarische Beruhigungsspielen.

Der Klub des B. d. L. hofft auf das Abflauen des Enttäuschungssturmes über die Verwaltungsreform.

Prag, 4. März. Den Landbündlern steigt angesichts des unerwarteten Widerstandes der gesamten Bevölkerung gegen die Verwaltungsreform langsam das Grausen auf. Die Massenversammlungen unserer Partei zeigen ihnen, daß es mit der Gebuld der arbeitenden Bevölkerung vorbei ist und jene Zeiten wiederzukommen drohen, wo sich die Bürgerlichen vor dem Jorn der Massen am liebsten in ein Manufakel zurückgezogen hätten. Auch in ihren eigenen Reihen wächst sichtlich der Widerstand gegen die parlamentarischen Vertreter der Landbündler, die sich von Svehla derartig einschleichen ließen, und so mußten die landbündlerischen Abgeordneten und Senatoren allmählich darauf bedacht sein, die hochgehenden Wogen der Empörung zu beschwichtigen und vor allem Zeit zu gewinnen.

Unter diesem Gesichtspunkt muß man das Kommunität werten, das die „Landpost“ über eine heute stattgefundene Sitzung des parlamentarischen Klubs des B. d. L. veröffentlicht. Darin heißt es, der Klub sei nach einem Referat Bierduts und einer ausführlichen Debatte zu der einmütigen Ansicht gekommen, daß die Regierungsvorlage über die Verwaltungs-

Das Urteil gegen Dr. Lodgman bestätigt.

Brünn, 4. März. Heute um 1/12 Uhr vor-mittags wurde die Entscheidung des Obersten Gerichtes über die Nichtigkeitsbeschwerde Dr. Lodgman's gegen das Urteil des Leitmeritzer Amtsgerichtes vom 22. September 1926 veröffentlicht. Das Oberste Gericht verwarf die Nichtigkeitsbeschwerde und verurteilte Dr. Lodgman außerdem zur Zahlung weiterer Kosten im Betrage von 5000 Kronen.

Solidarität der Postangestellten.

Gestern berieten die Vertrauensmänner der Aute (d. i. der der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigungen angeschlossenen Eisenbahnerorganisation) über die Situation auf den Eisenbahnen. Ihnen ist nun, wie das „Bravo Vidu“ berichtet, eine Zuschrift des Verbandes der Post- und Telegraphen-Angestellten zugegangen, in der mitgeteilt wird, daß Sektionschef Dr. Caha Vertretern der sachlichen Postorganisationen eröffnet habe, daß es zu keinen weiteren Verhandlungen mit den Fachorganisationen kommen werde. Das bedeuete, daß die Forderungen der Telegraphenarbeitsmeister, Montoure, Aus-hilfsangestellten, Aushilfsbeamten, Postdicner, Gehilfen und Expedienten nicht angenommen worden sind. Auf Grund dieses Standpunktes des Postministeriums erklärt der Verband der Post- und Telegraphenangestellten, daß es notwendig sei gleichfalls zur Abwehr zu schreiten und spricht seine volle Solidarität mit den Fachorganisationen der Eisenbahndiensteten aus.

Die französische Militärreform.

Paris, den 28. Februar 1927.

Als Frankreich noch einen König hatte, wurde in den französischen Dörfern von den königlichen Gendarmen an der Spitze ihres Degens allen jungen Leuten, die sich zum Militärdienst melden, ein gebrauchtes Subn feierlich überreicht. König Painlevé, der französische Gelehrte, der vollkommen in die Hände seines Großen Generalstabs gekommen ist bietet in der Reihe der Militärprojekte, die jetzt die Kammer zu beschäftigen haben, Wohnungen für die entlassenen Unteroffiziere und höhere Löhne für die Mannschaften. Vor dem Kriege kostete der Unterhalt für jeden Soldaten den französischen Staat eine Ausgabe von 95 Centimes. Heutzutage macht jede Erhöhung des Lohnes um einen Centime pro Kopf eine Mehrausgabe von einer Million für die gesamte Armee aus. Als Fixum bekamen die Soldaten bisher 60 Centimes tägliches Taschengeld, die Unteroffiziere einen Franken. Da Painlevé die Klasse, die erst Ende Dezember zur Entlassung kommen sollte, bereits im Oktober nach Hause schickte, konnte er Ersparnisse an seinem Budget machen, die es ihm soeben erlauben, den Tageslohn für den Soldaten auf einen Franken und für den Offizier auf 1.50 zu erhöhen. Außerdem erhält jeder Soldat täglich 1.50 für Brot, 2.10 für Fleisch und 0.55 Franken für Getränke, im ganzen also 5.15 Franken pro Tag (das Taschengeld schon mit eingerechnet.)

Diese Erhöhungen waren vor allem deshalb notwendig, weil seit Anfang vorigen Jahres die dauernden Preiserhöhungen der Lebensmittel bei den Soldaten vielen Unwillen erregten. Organisation des Heeres in der Kriegszeit. Organisation im Frieden, Einführung der einjährigen Dienstzeit und innere Einteilung des Heeres. — das sind die vier neuen Projekte, mit deren Beratung sich die Kammer jetzt zu befassen hat. Ueber die Organisation des Heeres im Frieden ist der Berichterstatter der Abgeordnete Senac und über die Organisation des Heeres in der Kriegszeit der Abgeordnete Paul Boncour. Es muß offen gesagt werden, daß die bürgerliche pazifistische Gailloux-Zeitung „La Volonté“ darüber schreibt: „Frankreich, und da man unser Land unvermeidlicherweise sofort nachahmen wird, Europa, die Welt und die Mobilisation werden bald von Boncour von der Wiege an zur Mobilisation geführt werden und bis über das Grab hinaus im Zustande der Mobilisation verharren.“ Leider hat sich nämlich Boncour als Vorsitzender des Obersten Heeresrates die Erklärungen zu eigen gemacht, die Painlevé der Presse am 1. Jänner über seine Pläne gab: „Es ist undenkbar von Mobilisation, von Festungen und von Mannschaftebestand zu sprechen, während Frankreich nur nach Frieden ringt. Aber gibt es in Europa einen einzigen vernünftigen Menschen, der ehrlich denkt, daß die militärische Organisation unseres Landes einem anderen Zwecke diene als dem Frieden?“. Deutlicher hatte sich Painlevé in der Vorkchaff ausgedrückt, die er im August an den Friedenskongress von Bierwille richtete, zu dem er sein schon versprochenes persönliches Erscheinen auf Verlangen Poincaré's hatte abjagen müssen. Da hieß es, man habe doch eine Armee zur Bewahrung des Friedens! Je stärker die Armee, desto größer die Friedensgarantie!

Der sozialistische Gegenorschlag zu den Militärprojekten enthält Bestimmungen, die von fortschrittlicherem Geiste — innerhalb des gegebenen Rahmens — zeugen. Bereits im Projekt der Regierung ist gesagt, daß die Regierung im Kriegsfall das absolute Oberkommando über die Armee hat — und nicht der Generalstab. Die Sozialisten wollen für den Kriegsfall ein Oberkommando des Ministerpräsidenten mit Hilfe eines parlamentarischen Komitees von vier Mitgliedern, des sogenannten „Zivilrats der nationalen Verteidigung“. Vor allem aber verlangen die Sozialisten, daß im Kriegsfall sämtliche Reichtümer im Dienste des Staates zu stehen haben. „Wenn das Leben von Menschen im Krieg geopfert wird, dann wäre es ein Skandal, wenn das Gleiche nicht mit Reichtümern geschehen kann“, schrieb darüber Renaudel im „Populaire“. Die Kriegsgewinne würden dann wissen, daß ihre Güter einfach beschlagnahmt und daß sonstige Kriegsgewinne ganz gewaltig begrenzt werden, damit sie weniger Appetit auf Abenteuer haben als vor 13 Jahren. Die parlamentarische Kommission, die die Projekte durchzubereiten hatte, bevor sie jetzt in die Kammer kommen, hat diesen Gegenorschlag „im Prinzip“ gebilligt. Das bedeutet noch nicht viel.

Die Einfügung der jetzigen Militärprojekte in das Völkerbundssystem ist leider nur ganz vor-sichtig angedeutet worden. Die jetzigen Projekte geben darauf aus, eine blitzschnelle Mobilisation bei einem Maximum unmittelbaren Landes-schutzes mit einem Minimum von Truppenverschiebungen durchzuführen. Daß Frankreich im Artikel zwölf des Völkerbundspakties unterschrieben hat, eine Frist von drei Monaten verstreichen zu lassen, bevor es nach einer Untersuchung des Völkerbundes zum Kriege schreitet, wurde so nebenbei undeutlich. Der einzige Vorteil des Projektes ist noch die Herabsetzung der Dienstzeit auf 12 Monate, da die jetzige 18monatige Dienstzeit ebenso untauglich war wie die frühere dreijährige, die selbst von den Generälen nicht mehr gefordert wird. Die französische sozialistische Partei ist der Ansicht, daß neun Monate Dienst völlig genügen.

Meißner (tsch. Soz. Dem.) erklärte, daß die Militärverwaltung, wenn sie sich schon die Armee durch Politik nicht zerrütten lassen wolle, sich in erster Linie gegen die Politisierung des Offizierskorps und namentlich der Generale wenden müßte.

Genosse Hadenberg

wendete sich in außerordentlich scharfen Worten gegen den Wahlrechtsraub und protestierte gegen die Entstellung, als ob die Vorlage durch die Notwendigkeit, die Armee zu entpolitizieren, begründet sei. In Wirklichkeit will man dem vorbeugen, daß die Armee gegen die herrschenden Parteien stimmt. Wir deutschen Sozialdemokraten treten grundfährlich für jede Erweiterung der politischen Rechte ein. Wenn auch wir Beschwerden gegen das Soldatenwahlrecht haben, so richten sich diese ausschließlich gegen den Mißbrauch des Soldatenwahlrechtes, durch den man eine vollständige Machtverschiebung in einzelnen Orten herbeiführt hat. Daher haben wir verlangt, daß der Soldat sein Wahlrecht dort ausübt, wo er ein Interesse an der Verwaltung hat. Infolge unseres grundsätzlichen Standpunktes müssen wir gegen die Vorlage stimmen.

Dr. Aramař erklärt, sich nicht dagegen zu wehren, daß der Soldat in der Kaserne politisch denke; durch das Soldatenwahlrecht werde aber die politische Agitation in der Armee legalisiert, und das sei unhalbar. Weiters sucht er die Haltung seiner Partei in der Sajda-Affäre zu beschönigen und erklärt dann, nur mit schwerem Herzen die Zustimmung gegeben zu haben, daß auch den Gajisten das Wahlrecht genommen wird.

Verteidigungsminister Udrzal nahm schließlich das Offizierskorps und namentlich die Generale gegen den Vorwurf, daß sie politisiert seien, in Schutz. Innenminister Cerny verteidigte die Vorlage, soweit sie die Gendarmerie in Mitleidenschaft zieht.

Sodann wurde die Vorlage mit kleinen stilistischen Änderungen von der Mehrheit unverändert angenommen und zum Berichterstatter für das Plenum Dr. Aralík bestimmt.

reform zwar eine Verhandlungsgrundlage bilden könne, daß die Vorlage aber in vieler Beziehung einer gründlichen Abänderung bedürfe, wenn der Klub der Reichsparteivertretung, die am Dienstag, den 15. d. zusammentritt, die Zustimmung zur Vorlage vorschlagen solle. Der Klub erachte es für notwendig, vor Stellung bestimmter Abänderungsanträge eingehende Beratungen und Erhebungen zu pflegen und auch die zuständigen Körperschaften und Fraktionen zu hören; deshalb wird zur parlamentarischen Verhandlung der Vorlage eine genügende Zeit verlangt. Der Klub könne nur einer Verwaltungsreform zustimmen, die eine tatsächliche Besserung des jetzigen Zustandes darstellt; die Selbstverwaltung des Volkes dürfe nicht beschränkt, sondern müsse erweitert und vertieft werden. Insbesondere müsse die Selbstverwaltung in den Bezirken sichergestellt werden; selbstverständlich sei, daß deutsche Lebens- und Volksinteressen durch die geplante Neuordnung der Verwaltung nicht benachteiligt werden dürften. Diesbezüglich seien Sicherungen im Gesetze selbst notwendig.

In der Begründung des Erkenntnisses wird insbesondere darauf hingewiesen, Dr. Lodgman sei nicht gelungen, den Wahrheitsbeweis dafür zu erbringen, daß der Privatkläger Krepek die in Frage stehende Fälschung des Leitmeritzer Amtsgerichtes begangen habe. Das Urteil des Leitmeritzer Amtsgerichtes, mit dem Dr. Lodgman wegen Ehrenbeleidigung des Senators Krepek bedingt zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden war, welche Strafe in eine Geldstrafe von 3000 K umgewandelt wurde, erwächst hiemit in Rechtskraft.

Die Krönung Kramar'scher Demokratie.

Verflechtung des Brügelpatents und Angriffe auf das allgemeine Wahlrecht.

Wir veröffentlichen nachfolgend den zweiten Teil der Rede, die Genosse Dr. Czech in der Donnerstagssitzung des verfassungsmäßigen Ausschusses zur Verwaltungsreform gehalten hat.

Dr. Kramar tut sich bekanntlich auf die Demokratie viel zugute. Dr. Kramar folgt hierbei den Spuren aller tschechischen Politiker, die sich bei solchen Anlässen immer auf das allgemeine Wahlrecht berufen haben. Als ob das Wahlrecht, auch wenn es das vollkommenste wäre, schon die volle Demokratie bedeutete. Rousseau meint einmal, das englische Volk wöhne, frei zu sein, es täusche sich aber ganz außerordentlich. Nur während der Wahl der Parlamentsmitglieder sei es frei, nach Schluß derselben liege es in Knechtschaft und sei nichts.

Bei uns aber werden wir fortan nicht einmal während der Wahl frei sein, wenn das Gesetz, das uns präsentiert wird, zur Wirklichkeit wird.

Jahreschmelzung hat Dr. Kramar zu den eifrigsten Verfechtern des allgemeinen Wahlrechtes gehört. Im Jahre 1905 hat er sich darauf berufen, daß seine Partei schon seit drei Jahrzehnten das allgemeine Wahlrecht verlange. Jahreschmelzung kämpfte er gegen alle Wahlrechtsverflechtungen und Schenkungsbestimmungen. Am 30. November 1905 hielt

Dr. Kramar

eine große Parlamentsrede, in welcher er ausführte:

„Das allgemeine Wahlrecht werden Sie (gemeint sind die Deutschen) nicht aus der Welt schaffen, denn darüber wacht das ganze Volk, das sich in gärender Bewegung befindet.“

Und am Schluß sagt er:

„Meine Herren, fürchten Sie doch nicht das Volk. Was ist das für ein Staat, der sein eigenes Volk fürchtet?“

Zeither hat Herr Dr. Kramar von seiner Demokratie tüchtig abgebaut!

Ich habe schon erwähnt, daß Herr Dr. Kramar sich in einer der letzten Versammlungen der nationaldemokratischen Funktionäre für die Aenderung des Gemeindevahlrechtes eingesetzt hat. Dort hat er erklärt: „Ich war niemals für das gleiche Wahlrecht in den Gemeinden.“ (Dr. Kramar: Jawohl!) Warum, weil die Last der Verpflichtungen dadurch auf die direkten Steuerzahler überwälzt wird.

Es hat also nach ihm nur der Geldsack ein Verantwortlichkeitsgefühl, nicht aber der Prolet.

Noch eine Stimme aus dem Koalitionslager lassen Sie mich zitiieren. In der Wahlrechtsdebatte des österreichischen Parlamentes am 3. November 1906 sagte der jetzige Fürsorgeminister

Vater Sramel:

„Nun sei mir noch gestattet, noch eine Vermittelung des gegenwärtigen Wahlreformwerkes zu berühren, die Statuierung der einjährigen Schaffigkeit. Auf mich macht diese Bestimmung den Eindruck der Furcht vor der Sozialdemokratie. In Wirklichkeit ist sie aber etwas viel Schlimmeres. Es ist die Wegnahme der schon erworbenen Rechte vieler Tausender von Arbeitern und kleineren Leute überhaupt. Es ist das ein rücksichtsloser Eingriff in das politische Eigentum der armen Staatsbürger, und zwar aus niedrigeren parteipolitischen und noch niedrigeren nationalen Rücksichten.“

Es ist ganz gut, solche Äußerungen von Männern zu zitiieren, die heute im Amt sitzen, am festzustellen, wie die Herren früher gedacht haben.

Man vergleiche damit, wie diese Männer und leider auch die deutschen christlichsozialen Politiker heute für die Aufnahme der Schaffigkeitbestimmungen eintreten.

Auch noch andere Mitglieder des Bürgerblocks haben es für richtig befunden, dieses Wahlrecht zu verteidigen. Herr Měch hat in einem Neujahrsartikel die Notwendigkeit der Aenderung des Gemeindevahlrechtes bestritten. Der Herr Abgeordnete Tich hat dieser Tage die Novellierung des Gemeindevahlrechtes angefündigt.

Wir stehen also vor einer großen Kampagne des Bürgerblocks gegen das allgemeine Wahlrecht und werden uns darauf einzurichten wissen.

Der Anfang mit dem Wahlrechtsraub wurde ja schon im November 1925 gemacht, wo die Mehrheitsparteien hunderttausende oppositionelle Stimmen einfach annectiert haben, indem sie das Wahlrecht kausgerecht korrigierten und sich auf diese Weise zehn Mandate aus Minderheitsstimmen zu sich zogen. Nun gehen die Herren vom Bürgerblock in der Ländernovelle noch viel robuster daran, das Wahlrecht zu ihren Gunsten zu korrigieren, und was der Bevölkerung hier zugemutet wird, ist nicht nur ein unerhörtes, nahezu eine Million Menschen hart treffender Wahlrechtsraub, sondern obendrein noch

eine Wahlrechtsverfälschung schlimmster Sorte.

Die Dinauffhebung des Wahlalters und der Schaffigkeit sind ein Rückfall in die schwerste Reaktion der Vorkriegszeit. Das ist die Rückkehr zur alten Interessenvertretung, wegen deren Vasser, der sie im Jahre 1849 beantragte, schon damals als ein Reaktionswerk verurteilt wurde. Das ist eine Rückkehr zu den Gedankenengängen Schaffle's, eine Rückkehr zu den alten liebgeordneten Handelskammermandate n, die uns die österreichische Fieber-Verfassung bescherte und die längst schon in ein Museumsinventar gehören. Nun aber werden sie vom deutsch-tschechischen Bürgerblock wieder in Amt und Würden eingesetzt. Wir werden also um fast ein Jahrhundert in der Entwicklung zurückgeworfen werden. Es ist nur

tiefer bedauerlich, daß sich deutsche Parteien zu einem derartigen reaktionären Beginnen hergeben.

Sie beladen sich damit für immerwährende Zeiten mit schwerster Schmach. Feststellen wollen wir namentlich eine Äußerung der „Deutschen Presse“ vom 23. Jänner, die erklärte, es sei nur zu begrüßen, daß die Beteiligung der Bevölkerung an der Verwaltung stark erweitert, daß das Alter für das aktive Wahlrecht hinaufgerückt werde, daß eine ziemlich lange Wartezeit ausgesetzt ist, bevor man wählen darf usw.

Wie es in Wirklichkeit um die „Erweiterung“ der Rechte der Bevölkerung gestellt ist, ergibt sich übrigens aus folgender Tatsache:

nach dem Ernennungsrecht der Regierung und dem Stimmrecht der Beamten können 14 gewählte Mitglieder des böhmischen Landtages 50 andere gewählte Mitglieder einfach majorisieren, können 7 gewählte Mitglieder des mährischen Landtages die 29 gewählten Mitglieder majorisieren, kann ein Viertel der gewählten Mitglieder des Landesauschusses die übrigen drei Viertel überstimmen. Aber noch mehr: die deutsche sozialdemokratische Partei mit 400.000 Stimmen bekommt bestenfalls acht bis neun Mandate und kein einziges Landesauschussmandat! Es werden also die 400.000 deutschen sozialdemokratischen Stimmen weniger Recht haben, als der von der Regierung ernannte einzige nationaldemokratische Beamte.

Da wundert sich Herr Dr. Kramar noch, daß wir aufschreien, daß eine solche Erregung, ein solcher Protest durch das ganze Land geht!

Das ist die Wirkung des in der Vorlage vorgesehenen Ernennungsrechtes, das Minister Mahr-Harting in seiner Wiener Rede als „eine gesunde Idee“ bezeichnet hat. Die bisher in deutscher Verwaltung stehenden Ausschüsse, den etwa 6000 Personen umfassenden Beamtenapparat, das Schicksal so und so vieler nach Tausenden zählenden Gewerbetreibenden und Hunderttausende an Versicherungen interessierte deutsche Arbeiter einfach der tschechischen Bourgeoisie und Bürokratie zu überantworten — das wird von Herrn Minister Mahr-Harting als ein großer Fortschritt bezeichnet, weil dadurch das deutsche Element in Böhmen zu einer Vertretung komme.

Mit den Wahlrechtsbestimmungen allein erschöpft sich aber der „demokratische“ Inhalt der Vorlage noch lange nicht. Eine ganze Reihe anderer Bestimmungen fordert zur schärfsten Kritik heraus und zeigt uns, daß uns mit dieser Vorlage dieser Absolutismus in seiner ganzen Nacktheit präsentiert wird.

Alle Macht wird der Regierung überantwortet und bei den Ministerien streng zentralisiert.

Ueber die Errichtung, die Vereinigung, die Trennung der Bezirke, über ihre Abgrenzung, über die Bestimmung des Sitzes der Bezirksvertretung, über die Übertragung der Bezirksagenden an die Länder, der Landesagenden an die Ministerien, über die Geschäftsordnung und deren Aenderung, über die Erlassung von Vorschriften über das Verwaltungsverfahren, über das Strafrecht und das Vollzugsverfahren entscheidet die Regierung, der eine ungeheure Verordnungsgewalt in die Hände gelegt wird.

Die Vorlage ermächtigt die Regierung zur Erlassung von Verordnungen, die durchwegs in die Kompetenz der Nationalversammlung gehören.

In einem konstitutionellen Lande müßten sich in Anbetracht einer solchen Zummutung sämtliche politische und parlamentarische Parteien zu einem Entrüstungssturm vereinigen und gegen die Zuströmung der Rechte des vom Volke gewählten Parlamentes mit aller Entschiedenheit Einspruch erheben. Bei uns aber wird eine solche Zummutung kaltblütig hingenommen und

es finden sich Abgeordnete und Parteien, die eine solche Maßnahme mit warmen Worten verteidigen. Das ist zweifellos eine der vielen Verfallerscheinungen des Parlamentes.

Im Jahre 1920 schrieb Dr. Kramar ob einer solchen Zummutung entrüstet auf; heute hat er es unternommen, sie zu befürworten. In der Verfassungsdebatte erklärte

Dr. Kramar,

als er auf das Sprachengesetz zu sprechen kam:

„Ich kann nicht alle Verordnungsgewalt der Regierung geben, auch wenn ich ein noch größeres Vertrauen in der Regierung hätte. Ich muß

alles fest in einem Gesetz festgelegt haben, denn die Regierung, auch wenn sie noch so stark ist, kann unter dem Druck gewisser Verhältnisse stehen, die ihr etwas aus der Hand reißen, was sie, wenn sie frei wäre, niemals geben würde. Ich will niemand wegen seines Patriotismus verurteilen. Ich sage nur so viel: Patriotismus ist keine Garantie für eine gute Politik.“

Im Jahre 1920 hat Herr Dr. Kramar in der Nationalversammlung aufgeschrieben, als vom Verordnungsrecht der Regierung gesprochen wurde, und nun wird eine Fülle von Verordnungsgewalt der Regierung in die Hände gelegt.

Die Krönung erfährt die Demokratie des Herrn Kramar und des Bürgerblocks durch die Polizei- und strafrechtlichen Bestimmungen der Vorlage.

Herr Dr. Kramar meint, wir sollten der Regierung dankbar sein, daß sie uns anstelle des Brügelpatentes ein republikanisches Gesetz gegeben hat. In seiner im Budgetanschluß gehaltenen Rede vom November des Jahres 1924 hat der Herr Minister Cerny dem Hause in der Budgetdebatte gesagt, er werde sich freuen, noch in dieser oder in der nächsten Session mit einer Vorlage zu kommen, die alle, die fürchten, daß wir vielleicht die Verordnung vom Jahre 1854 rezipieren werden, zufrieden stellen werde. Zum Schluß sagte er dann, in der Republik Oesterreich sei eine Reform im letzten Jahre durchgeführt worden, die Reform erinnere jedoch lebhaft an die Verordnung des Jahres 1854. Was finden wir demgemäß?

Das österreichische Gesetz brachte in Wirklichkeit die Herabdrückung des Brügelpatentes auf ein erträgliches Minimum, während die tschechoslowakische Vorlage das Brügelpatent weit übertrumpft.

Das österreichische Gesetz hat beschränkte Wirksamkeit, bis das Parlament das Polizeistrafverfahren geregelt haben wird; es umschreibt die einzelnen Tatbestände genau und normiert die Höchststrafe mit 200 Schillingen (circa 1000 Kr.) oder 14 Tagen Arrest.

Die tschechische Verordnung verschärft die Strafsätze in unerhörter Weise.

Früher wurde nur polizeiwidriges Verhalten mit Strafe belegt, jetzt aber „unzüchliche Handlungen und Benehmen“. Früher wurde ungebührliches, beleidigendes Benehmen mit Strafe bedroht, jetzt grobes Benehmen und „Börsenverkehrsverweigerung“. Früher wurde Störung der öffentlichen Ruhe mit Strafe bedroht, heute schon bloße Gefährdung der öffentlichen Ruhe. Früher wurde zum Tatbestand der öffentlichen Versammlungsort erfordert, jetzt wurde die Bestimmung durch alle öffentlich zugänglichen Orte ersetzt. Früher waren nur die politischen und Polizeibeamten geschützt, jetzt sind auch die staatlichen, die autonomen Beamten, die gewählten und ernannten Funktionäre geschützt. Früher war „den Beamten zur Pflicht gemacht...“ — diese einzige Bestimmung ist charakteristischerweise aus der Vorlage verschwunden. Anstelle des Strafsatzes von zweiwundert Kronen im österreichischen Gesetz ist ein Strafsatz von 5000 bis 10.000 Kr. getreten. Die Begrenzung des Strafbestandes ist einfach weggelassen worden, die Kumulierung von Geld- und Gefängnisstrafe gestattet. So hat der tschechoslowakische Staat und diese Vorlage das Verdienst, daß sie

nicht bloß die Geldstrafe, sondern auch den Arrest valorisiert

hat! Das Rechtsmittelverfahren ist beschränkt und der Schutz und das Recht der persönlichen Freiheit, die alle unter der Kontrolle des strafgesetzbüchlichen Verfahrens stehen, wurde fallen gelassen. Ich frage Herrn Dr. Kramar, ob er die Entrüstung versteht, ob er im alten Oesterreich derartiges hingenommen hätte? Die Polizei wird zum Herrn und Gebieter gemacht, die Entscheidung über Schicksalsfragen in ihre Macht gestellt. So beschaffen ist die Demokratie, die uns die neue Vorlage beschert.

Würde Hablitzel in unserer Mitte leben, würde er ausrufen: „Ich komme mir in Prag vor, wie Robinson Crusoe. Ich bin ordentlich vereinsamt, die bedächtigen Mitglieder meiner Partei sind Prokuratoren und Kreispräsidenten und es bleibt mir nichts anderes übrig, als Prokurator des tschechischen Volkes zu werden und den andern k. u. k. Prokuratoren die Gebatterschaft aufzuküßigen, wozu — sagt Hablitzel — ich gerade schon am Sprung bin.“

Diese Darlegungen genügen vollständig, um aufzuzeigen, wes Geistes die Vorlage ist, was die antreibenden Kräfte sind und welche Absichten sich hinter der Vorlage verbergen. Sie genügen, um der Bevölkerung die großen Gefahren vor Augen zu führen, von denen sie in jedem Augenblicke umlagert ist, um den Weg vorzuzeichnen, der betreten werden muß, damit das Unheil abgewehrt werde.

Unsere Sache ist es, sich bereitzustellen, den schärfsten Widerstand der Arbeiterklasse und aller freisinnigen Elemente herbeizuführen und dann mit vereinten Kräften dieser wahrhaftigen Vorlage, dem für sie verantwortlichen Regierungssystem und den tschechischen und deutschen Regierungsparteien unseren Kampf anzufügen. Ich kann nicht anders schließen als wie ich begonnen habe, mit einem entschiedenen Nein! Die Vorlage verdient am Schindanger der Geschichte elend zu verenden!

Unsere Versammlungsaktion.

Unsere Zusammenstellung der in den nächsten Tagen stattfindenden Protestversammlungen gegen die Verwaltungsreform ist nunmehr noch um folgende Ankündigungen zu ergänzen:

Böhmen.

- Neuern: Sonntag, den 6. März.
- Leischau: Sonntag, den 6. März.
- Plan: Sonntag, den 13. März.
- Košan: Sonntag, den 13. März.
- Monsterg: Sonntag, den 13. März.
- Bischostein: Sonntag, den 13. März.
- Dobruška: Sonntag, den 13. März.
- Belman: Sonntag, den 6. März.
- Pign: Sonntag, den 6. März.
- Herrtham: Samstag, den 5. März.
- Platen: Sonntag, den 6. März.
- Widach: Sonntag, den 6. März (in diesen drei Versammlungen Redner Genosse Jaksch).

Mähren.

- Olomouc: Sonntag, den 6. März. Redner Genosse Ripal.
- Trübenberg: Sonntag, den 6. März.
- Brum: Montag, den 7. März. Redner Genosse Rieglner.
- Portzenburg, Lengentulitz, Kunzendorf und Tschuschnik: je eine Versammlung, Montag, den 7. März.
- Hof: Samstag, den 12. März. Redner Genosse Khababka.
- Wausch: Samstag, den 12. März. Genosse Sadenber.
- Giesau: Sonntag, den 13. März. Genosse Jischka.
- Bärn: Sonntag, den 13. März. Genosse Khababka.
- Braunstein: Sonntag, den 13. März. Genosse Khababka.
- Mährisch-Neustadt: Montag, den 14. März. Genosse Jischka.
- Langenberg: Sonntag, den 13. März. Genosse Schloßnickel.
- Pauswitz: Montag, den 14. März. Genosse Schloßnickel.

Oesterreich wählt am 24. April!

Wien, 4. März. (Eigenbericht.) Der Nationalrat hat heute das Gesetz, mit dem er aufgelöst wird, angenommen und der Hauptauschluß hat darauf als Wahltag den 24. April festgelegt. Der Antrag der Sozialdemokraten, die Wahlen am 8. eventuell am 1. Mai abzuhalten, wurde abgelehnt. Nach der Verfassung bedeutet die Auflösung des Nationalrates nicht, daß er seine Tätigkeit beendet. Der Nationalrat bleibt vielmehr bis zum Zusammentritt des neu gewählten Nationalrates in Funktion. Er hat übrigens noch die Erledigung der Altersversicherung als wichtigste Aufgabe. Der Bundeskanzler hat heute übrigens bereits die Wahlbewegung durch eine demagogische, verlogene Rede eingeleitet, die er in der Besprechung der Parteiführer hielt und auch bereits der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht hat. In dieser Rede erklärte er, daß die Vorschläge, die die Sozialdemokraten zur Altersversicherung gemacht haben, den Arbeitern viel weniger bieten als die Vorschläge der Regierung, und daß die Regierung sie deshalb ablehnen müsse. Die Abgeordneten Seih und Bauer haben ihm darauf sofort geantwortet, daß er die Tatsache auf den Kopf stellt, und daß seine Vorschläge die Altersversicherung höchstens auf das Papier bringen können, während sie die Inkraftsetzung auf Jahre hinaus verschieben und namentlich der von ihm geplante Raub an den alten Arbeitslosen beweise, daß seine Vorschläge ein Diktat der Zehrfabrikanten der Industrie sind. Der sozialdemokratische Verband hat auch sofort danach eine Resolution beschossen, worin er feststellte, daß die Vorschläge, die die Regierung und ihre Parteien zur Altersversicherung machen, eine Verhöhnung der Forderungen der Arbeiterschaft sind, und daß die Regierung und ihre Parteien sich offensichtlich dem Hauptverband der Industriellen gegenüber auf diese Bedingungen verpflichtet haben. Der sozialdemokratische Verband wird keine Parteikonferenzen mehr über die Altersversicherung führen, da sie unter solchen Umständen aussichtslos sind, sondern er wird fordern, daß die weiteren Verhandlungen im Ausschuss des Parlamentes geführt werden und er wird von dort seinen Kampf gegen das von der Regierung verteilte Diktat der Unternehmer mit Energie fortsetzen. Diese Resolution wurde der Regierung schriftlich zur Kenntnis gebracht.

Vormarsch der Kantonnarmee.

Sunliang Befehl.

Berlin, 4. März. Wie die „China Press“ aus Kanton meldet, ist Sunliang, 30 Meilen südlich von Shanghai, gestern von der Kantonnarmee eingenommen worden.

Berichte melden von Kämpfen bei Wuliang zwischen Nord- und Kantontuppen. Falls diese Nachricht sich bewahrheiten sollte, würden die Kantontuppen ihrem Ziele, die Eisenbahnverbindung zwischen Nanjing und Shanghai abzuschneiden, näher sein. Auch vom See Tachio, westwärts von Shanghai, werden Kämpfe gemeldet. Es liegen ferner Berichte vor, daß die Kantontuppen nunmehr direkt mit dem Ziele auf Nanjing dirigiert werden. Da letzteres nicht nur der Eingang zum Yangtseki, sondern auch der Kontrollpunkt für die Nord-Süd-Bahn ist, die Shanghai mit Peking verbindet, hat Admiral Pischouhan Befehl an die in Tschingtau stationierte Flotte gegeben, sich sofort nach Shanghai zu begeben. Zwei bedeutende Generale der Nordarmee in der Provinz Tschuan, Fenghshiang und Tschungha, sind zu den Kantonesen übergegangen.

Tagesneuigkeiten.

Kostfrei.

Von einem alten Arbeiter, dessen zitternde Hand anscheinend kaum mehr die Feder führen kann, erhielten wir ein längeres Schreiben, aus dem wenigstens einige Einzelheiten einer breiteren Öffentlichkeit bekanntgemacht zu werden verdienen. Es handelt sich um den kriegsbeschädigten Holzarbeiter Josef Kranitz aus Paulusbrunn im Bezirk Tachau. Der Herrsche bedankt sich eingangs dafür, daß ihm das sozialdemokratische Blatt zugesandt wird und insbesondere dafür, daß unsere Partei überall für die Invaliden so nachdrücklich eintritt. Dann fährt er fort (wir korrigieren ein wenig den Stil des Briefes, ohne an dem zitterten Inhalt etwas zu ändern):

„Ich sage manchem: Was habt ihr am Wahltage getan? Ihr habt euren eigenen Feinden zwei Stimmen gegeben und ihnen das geglaubt, was sie in den Versammlungen versprochen. Aber wenn jetzt wieder Wahlen kommen, wird das anders aussehen. Hölle und Feuer bewirken, daß viele buchstäblich am Hunger zugrunde gehen. So der 70 Jahre alte Holzhauer Franz Lichtner aus Paulusbrunn aus der Herrschaft Windischgrätz. Lichtner hatte zwei bis drei Tage hintereinander nichts gegessen. Bei einer Fuchsjagd war ein Fuchs geschossen worden, dessen Fleisch weggeworfen wurde. Lichtner holte sich das Fleisch, es ist schon drei Tage alt, und starb an den Folgen des Genusses.“

Ich selber bin im Jahre 1915 im Festungsbaumeister Pilsener bei der Genesendirektion in Awa verunglückt, wurde superabtriiert, zuerst mit 30 Prozentiger, nachher mit 50 Prozentiger Invalidität, von der man mir aber in Prag wieder 15 Prozent wegnahm. Meine Invalidenrente beträgt, da ich einen Abzug zu leisten habe, monatlich 97 Kronen. Für meine Frau, die seit 17 Jahren durch Gicht gelähmt ist und ständig von einer Person, meiner Tochter, gepflegt werden muß, erhalte ich 6 Kronen monatlich an Zulage.“

Zum Schluß bittet der Genosse, ihm zu helfen und seiner Frau eine Altersrente zu verschaffen. Der ganze Brief ist, so wie sich das in einem Anzug gar nicht wiedergeben läßt, von erschütternder Wirkung und schließlich in tiefer Not geschrieben. Viele, denen es ebenso schlecht geht, die ihre Gesundheit gleichfalls dem Kapitalismus oder Militarismus opfern mußten, tragen ihr Leid, ohne jemals darüber zu schreiben. Tausende armer Menschen schweigen verschämt und vergrämt, aber für sie alle spricht dieser Genosse, der in der eigenen Not nie daran vergißt, daß sein Leid nur ein Stück des großen allgemeinen Leides ist.

Surreal, es geht vorwärts! Nämlich in der nationalen Frage, und zwar allen Ernstes. Am 1. Mai kommen neue tschechoslowakische Zwanzigkronennoten heraus und auf denen wird gleich hinter der Aufschrift „Dvacet korun“ das deutsche „Zwanzig Kronen“ stehen. Die „Prager Abendzeitung“, die Nachmittagsausgabe des „Prager Tagblatt“, meldete gestern diese kolossale Tatsache mit fetten Letzern also: „Eine Konzession an die Deutschen, der Text der neuen 20-Kronen an zweiter Stelle.“ Vielleicht hat der Herr Minister Spina oder sein Kollege Wagnhart persönlich interveniert, damit dieser Riesenerfolg in der Presse entsprechend „aufgemacht“ werde. Na, und wir möchten jetzt wirklich jenen Zudendenden sehen wollen, der nun von Wert und Wirkung der deutschen Mitregierung nicht überzeugt wäre. War hand auch bisher der deutsche Text schon sehr deutlich auf allen Banknoten; aber jetzt rückt er an zweite Stelle und das ist uns allen mehr wert als die Selbstverwaltung, die uns die glücklichen Ueberbringer der neuen Banknoten wegnehmen helfen. Wenn man nur die Augen recht aufmacht, so sieht man schon die Konzessionen, die das deutsche Volk den Agrariern und Christlich-sozialen verdankt: war die Kohleneinfuhrgeschichte geht auf Kosten des Volkes und den Rebellen haben nur die Regierungsparteien. Aber an dem hinaufgerückten deutschen Text auf den Zwanzigkronennoten kann sich jeder erfreuen und ergötzen, hier ist wirklich allgemein nationaler Wert geschaffen!

Großfeuer in Grundmühl bei Klostergrab. In der Nacht von Freitag auf Samstag ist im Betriebe der Bleiindustrie in Grundmühl die große Scheuer, in der die Arbeiterwohnungen untergebracht sind, niedergebrennt. Der Brand konnte dank des raschen Eingreifens der aus der ganzen Umgebung herbeigeeilten Feuerwehren lokalisiert werden, so daß die Fabrik selbst nicht in Mitleidenschaft gezogen wurde und der Betrieb aufrecht erhalten werden kann. Der Schaden, der sich auf 150-200.000 Kronen beläuft, ist durch Versicherung gedeckt. Für Arbeiterwohnungen ist weiter Vorkehrung getroffen.

Der Rundfunk wird immer mehr kirchlich. Ueber diese Tatsache lesen wir in der „Volná Myslenka“ (Freier Gedanke) unter anderem: „Die Auswanderung der Kirchenmusik aus der Karlskirche war der Beginn, welcher die weitere Entwicklung ahnen ließ. Nach der Karlskirche kamen auch andere Kirchen an die Reihe und nun sollen die Rundfunkabonnenten auch mit Rundsendungen des kirchlichen Katholizismus beglückt werden. Die „Lidová akademie“, ein Verein für Verbreitung katholischer „Wissenschaft und Kultur“ hat es durchgesetzt, daß vom März angefangen ein kirchlicher Rundfunk gesendet werde, und zwar „nur“ zweimal in der Woche. Zweimal in der Woche werden also die Rund-

Der Konflikt in der nordböhmisches Textilindustrie.

Die Demagogie der christlichen Gewerkschaften.

Bekanntlich haben die Unternehmer den Textilarbeitern das Ultimatum gestellt, bis 4. März l. J., 12 Uhr mittags, zu unterschreiben; falls dies nicht geschehen werde, wird ab 7. März l. J. ein Lohnabbau von 9 Prozent eintreten. Die Arbeiterschaft hatte sich bereits auf den Kampf eingestellt, nachdem von Unternehmerseite jeder Weg zur friedlichen Beilegung verhindert worden war. Die christlichsoziale Textilarbeiterorganisation hatte sich nunmehr an den Arbeitgeberverband mit dem Ersuchen gewendet, es möge eine Aussprache stattfinden. Ein positives Ergebnis hatte diese Aussprache nicht, denn die Forderung, welche die Union aufstellte, daß das Diktat zuerst zurückgezogen werden müsse, konnte nicht durchgesetzt werden. Allerdings ist ersichtlich, daß die Unternehmer einsehen, daß ihre Taktik eine verfehlte ist. Nach heftigen Auseinandersetzungen mit dem Vertreter der Union der Textilarbeiter, Genossen Zimmerer, welcher entschieden erklärte, daß sich eine Gewerkschaft eine derartige Behandlung von Seite der Unternehmer nicht gefallen lassen könne, kam dann eine Vereinbarung zustande, auf Grund welcher Montag, den 7. März l. J. in der Reichenberger Handelskammer neue Verhandlungen angeht wurden. Die Unternehmervertreter erklärten allerdings, daß sie in der Zeitfrage der Vertragsdauer zu Konzessionen bereit sind, daß sie aber in der Lohnfrage keine Konzessionen machen können. Die Arbeiterschaft hat ihre Forderungen nicht preisgegeben, nur der Schwann der christlichsozialen Gewerkschaft, Herr Schup, erklärte zum

Schluß, daß die Unternehmer den Gewerkschaften wenigstens einen Scheinerfolg zulassen lassen sollen, um den Konflikt friedlich beilegen zu können (!).

Wir stehen jedoch auf dem Standpunkte, daß von einem Scheinerfolg die Arbeiterschaft nicht satt wird und überlassen es den Christlichen, die die Schuldigen an der heutigen Feuerungswelle durch die Bewilligung der Lebensmittelpreise sind, sich mit Scheinerfolgen zu begnügen.

Zuerst stimmen die christlichsozialen Vertreter im Parlament, ja sogar ihre Gewerkschaftssekretäre für die Preiserhöhung und jetzt, da die Lebensmittel in Preise steigen und die Arbeiterschaft Lohnforderungen stellt, erklärt ihr Verbandobmann, daß sie mit einem Scheinerfolge den Konflikt beilegen könnten.

Wenn auch die Spannung durch die Haltung der Unternehmer in letzter Stunde nachgelassen hat, so muß trotz alledem die Situation als sehr ernst bezeichnet werden. Ob es am Montag, den 7. März l. J. bei dieser Verhandlung in der Reichenberger Handelskammer möglich sein wird, einen Konflikt zu vermeiden, kann nicht gesagt werden, aber aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte eine Einigung unmöglich sein, nachdem die Unternehmer in der Lohnfrage keine Konzessionen machen wollen. Die Lohnbewegung ist an einem toten Punkte angelangt und wenn die Unternehmer Montag nicht eine andere Stellung einnehmen, so dürfte bereits nächste Woche in den Betrieben der offene Konflikt unvermeidlich sein.

funfthörer beglückt werden mit katholischer „Philosophie“, Glaubenslehre und Politik. Zweimal in der Woche werden die Merkmalen für ihre politischen Zwecke und für ihre kirchliche Propaganda schreiben. . . . Während also der kirchliche Rundfunk gestattet wird, sind die Vorträge des Masaryk-Volksbildungs-Institut, welche streng sachlich gehalten sind, und die Vorträge des Arbeiter-Rundfunks einer strengen Zensur unterworfen und die kirchliche Presse gibt ihrer Freude darüber Ausdruck, daß es ihr gelungen ist, alle „Beleidigungen“ der Religion aus den Programmen des Radios zu entfernen.“ Was die deutsche Arbeiterbewegung anlangt, so ist durch sie die Religion auch in keinem einzigen Falle beleidigt worden, es war von der Religion bisher in keinem Zusammenhang auch nur die Rede gewesen.

Auch die deutschen Nationalsozialisten kämpfen! Wer's nicht glaubt, der lese die letzte Nummer des „Tag“, laut der beispielsweise der Bg. Abg. Wenzel allein dieser Tage zwei Versammlungen abhält. Eine in Tepliz, u. zw. über das aktuelle Thema: Boden und Bodenimpfung“, den anderen in Komtau über das Impfwanggesetz. „Die Bestrebungen des Bg. Abg. Wenzel“, sagt der „Tag“, „müssen ihre Anerkennung erlangen, indem bei der Versammlung ein Massenbesuch erfolgt.“ Da sage einer noch, daß die Nationalsozialisten absteife seien, wo immer es um die größten „aktuellen“ Schicksalsfragen der Bevölkerung und besonders der Arbeiterschaft geht!

Die Unparteilichkeit des Prager Radio konnten wir am letzten Mittwoch klar und deutlich feststellen, das heißt nämlich, daß das Radio in Prag als Propagandamittel für tschechische Nationalisierungspolitik mißbraucht werden darf. In der Sendung für Kinder, die der „Strich Laobab“ betreibt, tat die Herr die ganze Zeit über nichts anderes, als daß er einen Spendenaufruf zugunsten der tschechischen Minoritätenschulen mit Namensnennung und Einzelbeträgen ins Radio sprach und so die ganze Sendung für diesen Zweck mißbrauchte. Wenn das Wort „Proletariat“ in einem Vortrage der Arbeiterbewegung steht, wenn wir über „Kulturaufgaben der Presse“ sprechen wollen oder gar ein Plakat von Herder oder Nietzsche bringen, wird uns der Vortrag einfach gestrichen. Solcher Unfug aber darf ungestraft im Radio getrieben werden.

Die kammhalsigen Zigeuner aus der Ostslowakei. Wie „Kassa Ujsag“ meldet, gelang es dem Zigeunerhauptide Alexander Filko den Gendarmen, die ihn aus dem Gefängnis in Kaschau in einen nahen Wald brachten, wo er die Stelle mehrerer begangener Morde zeigen sollte, zu entfliehen. Er wurde bisher nicht wieder entdeckt. — Es steht nun fest, daß das Geständnis der Zigeuner, daß sie ihre Opfer hingeschlachtet haben, sich bewahrheitet, um die Leichen zu kochen, und Menschenfleisch zu genießen. Die Kaschauer Gendarmerie hat bereits an mehreren von den Zigeunern bezeichneten Stellen Nachgrabungen vorgenommen und dabei Knochen vorgefunden, die sofort der Kaschauer Staatsanwaltschaft eingeschickt wurden. Filko hat die Verübung sechs weiterer Morde seiner Bande eingestanden, wobei es nicht ausgeschlossen ist, daß diese Geste noch nicht vollständig ist. Zu den Opfern gehört auch, wie Filko eingestand, ein 13-jähriger Gymnasiast namens Odrzeczko aus Prešov. Der Knabe wurde, als er in ein der elterlichen Wohnung nahegelegenes Wäldchen Wasser aus einer Waldquelle schöpfen ging, von den Zigeunern verschleppt und ermordet. Die Zigeuner hatten damals, wie Filko angibt, kein Geld und waren hungrig. Sie hatten daher beschlossen, den ersten Menschen, der ihnen in den Weg kam, zu erschlagen und zu verspeisen.

Gefährliche Räuber in der Königgrätzer Bezirkskrankenanstalt. In der Nacht auf Freitag drangen unbekannte Täter in die Amtsräume der Königgrätzer Bezirkskrankenanstalt ein. Sie erbrachen die Panzerklappe, indem sie eine Wand herauschnitten. Doch befanden sich in der Kasse nur Einlagebücher. Hierauf raubten sie die Schubladen von zwölf Tischen aus. Von der Polizei überrascht, begannen sie zu scheitern und entflohen während des beiderseitigen Feuergefechtes. Die Polizei und Gendarmerie nahmen sogleich die Untersuchung auf und es gelang ihnen, binnen kurzem die Geliebte eines der Einbrecher zu ergreifen, die gestand, von dem Vorhaben gewußt zu haben. Nach den Einbrechern wird gefahndet. Die nächtliche Zeherei rief in Königgrätz begreifliches Aufsehen hervor.

Die aussterbenden Jakuten. Auf einem Sonntagmorgen in der Hauptstadt Jakutsk wurde über die Gesundheitsverhältnisse der Jakuten, die vom Aussterben bedroht sind, beraten. Die Hälfte der Jakuten leidet an Tuberkulose, ein Drittel an Trachom. Die Sterblichkeit ist besonders unter den Frauen und Kindern ungewöhnlich groß. Auf dem Kongress wurde eine Reihe von Anträgen ausgearbeitet, deren Zweck die Besserung in den Gesundheitsverhältnissen der Jakuten und demgemäß die Verhütung ihres Aussterbens ist.

Reichsbahnveränderungen zur Prager Frühjahrsmesse auf reichsdeutschen und tschechischen Eisenbahnen. Das reichsdeutsche Eisenbahnministerium hat sich mit dem tschechoslowakischen dahin geeinigt, daß den Besuchern der XIV. Prager Frühjahrsmesse (20. bis 27. März 1927) eine 25-prozentige Fahrpreisermäßigung auf den reichsdeutschen Bahnen bewilligt wird. Diese Bewilligung bezieht sich sowohl auf reichsdeutsche als auch auf tschechische Reisende, die das Deutsche Reich nur durchreisen, und wird unter der Bedingung erteilt, daß sich der betreffende Prager Reisende bei der Bahnstation oder im Reisebüro eine Rückfahrkarte zum Preise von 150 Prozent der einfachen Karte erteilt. Diese Rückfahrkarte wird mit zwei Kopons „Hinsahrt“ und „Rückfahrt“ versehen sein und für die Reise zur tschechoslowakischen Grenze, wie auch zur Rückreise auf derselben Strecke im Zeitraum von drei Tagen vor Eröffnung der Messe in Prag und eine Woche nach Schluß der Messe Gültigkeit haben. Die tschechoslowakischen Staatsbahnen gewähren den Besuchern der Prager Frühjahrsmesse einen 33-prozentigen Nachlaß für sämtliche Züge, sofern in der Zeit vom 16. bis 31. März die Fahrkarten gekauft werden. Diese Begünstigung gilt in der Zeit vom 10. März bis einschließlich 6. April 1927.

Drachlose Bildübertragung auf der Prager Frühjahrsmesse. Die Verhandlungen der Prager Messe mit der Telefunken-Gesellschaft bezüglich der Exposition für Apparate zur drachlosen Bildübertragung (System Carolus) wurden dieser Tage beendet. Genannte Apparate werden direkt aus Berlin nach Prag transportiert und im eigenen Pavillon auf dem Neuen Messengelände aufgestellt. Mithilfe auch sachmännische und populäre Erläuterungen über dieses Gebiet durch Fachmänner gegeben werden. Die Apparate werden während der Dauer der Frühjahrsmesse (20. bis 27. März 1927) in Tätigkeit vorgeführt.

Eifersucht. In Bilowitz bei Prohnik fand Sonntag abends eine Tanzunterhaltung statt, an der auch der Landwirtsjohn Josef Brochazka und seine Geliebte teilnahmen. Im Laufe des Abends bemerkte er, daß sich die Geliebte zu ihm äußerst kühl verhalte. Als sie nicht einmal bei der Damenwahl um ihn kam, forderte er sie auf, mit ihm hinauszukommen, wo er sich vor ihren Augen eine Revolverkugel in die rechte Schläfe schoß. Er wurde in schwerverletztem Zustand ins Prohniker Krankenhaus gebracht, wo er mit dem Tode ringt. — In die Kremfjere

Irrenanstalt in die junge Häuslerstochter Pavliska gebracht worden. Das Mädchen war, als sie ihren Geliebten mit einem anderen Mädchen gehen sah, irrsinnig geworden.

Zahnärztliche Achtung! Alle jene Zahnärztlichen, welche nach dem 6. Mai 1920 die Lehrzeit beim Zahnarzt oder Zahnarzt beendet haben, mögen sofort wegen kostenloser Zustellung von Ausfertigungsschriften genaue Anschrift an den Reichsverband deutscher Zahnärztlichegehilfen, Reichenberg, Bräuhausgasse Nr. 12, einleenden.

Vertreter Antreiberfall. In der Nacht zum Donnerstag überfielen drei junge Burschen in der Nähe von Jüterbog zwischen den Orten Welschendorf und Hohenahlsdorf ein Berliner Automobil, das aus Sachsen zurückkehrte. Die Invasoren waren der Bankier Markiewicz und der Direktor der Charlottenburger Kunstgewerbeschule Professor Ernst Schuckenberg. Der Wagen selbst war gemietet und wurde von dem Unternehmer Aray gelenkt. Während er mit einer Geschwindigkeit von 65 Kilometer fuhr, entdeckte er hinter einer Anhöhe plötzlich im Lichte der Scheinwerfer, daß zwei starke Baumstämme über die Chauffee lagen. Mit Mühe gelang es, den Wagen noch rechtzeitig vor dem Hindernis zu stoppen. Im selben Augenblick sprangen drei maskierte Burschen aus dem Wald und bedrohten die Invasoren mit dem Ruf: „Hände hoch! Geld heraus!“ In der Hand hielten sie drohend Revolver. Sie nahmen den beiden Reisenden die Brieftaschen mit etwa 300 Mark und ein goldenes Zigarettenetui ab. Dem Chauffeur war es gelungen, seine Brieftasche noch rechtzeitig unter seinem Sitz zu verbergen. Auch wußte er sie davon abzuhalten, daß sie die Reifen durchschnitten, ehe sie wieder die Straße ins nächste Dorf zu gelangen und die Landjäger zu unterrichten. Sofort wurden die Landjäger der ganzen Gegend alarmiert und Streifen unternommen. Am Donnerstag vormittag gelang es einem Oberlandjäger, auf dem Bahnhof Niedergrasdorf drei verdächtige Burschen festzunehmen. Nach anfänglichem Weigern hoben sie die Tat eingestanden, zumal die gestohlenen Wertgegenstände bei ihnen vorgefunden wurden. Sie wurden in das Amtsgerichtsgefängnis Jüterbog eingeliefert. Die drei befanden sich auf Wanderschaft und suchten sich durch die Autosalle Geldmittel zu verschaffen.

Wenn Fridericus rex auferstünde . . . Die deutsche Reaktion betreibt ihre monarchistische Propaganda hauptsächlich mit dem „Alten Freit“ und das mit Recht; denn alle seine Nachfolger bis hinab zu Wilhelm dem Irrenstümmen sind halt doch viel zu mindere Objekte, als daß sich mit ihnen noch Staat machen ließe. Da also die Anekdote lesen des deutschen Monarchismus gar so begeistert vom alten Freit sind, haben ein paar Wilhelmbolde jetzt den Fasching benützt, die Monarchisten beim Worte zu nehmen und mit dem Alten Freit Ernst zu machen, das heißt, ihn wieder auferstehen zu lassen. Dieß da in Pärchin, einer Stadt des hochfeudalen Mecklenburg, vor dem Rathaus ein Automobil, dem Fridericus rex höchstpersönlich entstieg, ganz in der bekannten Tracht mit Dreifisch, Perücke und Krückstock. In seiner Begleitung — ebenfalls vorzüglich historisch kostümiert — ein Adjutant und ein Minister. Seine Majestät schritten, ohne irgendwo anzuklopfen, samt seiner Begleitung durch alle Amtszimmer des Finanzamtes und verlangten mit allerhöchster gerungelter Stirn den Leiter des Amtes, Herrn Regierungsrat Dr. Bodsch, zu sprechen. Mit erhobenem Stod ging der „König“ auf den verdutzten Herrn Regierungsrat zu und fuhr ihn in unverfälschter friderizianischer Schimpfmanier an: „Ist er der Bodsch? Das Maß ist voll, jetzt wird abgerechnet mit ihm!“ Das erschrockene Regierungsrätchen wollte ans Telefon flüchten, um Rettung herbeizurufen, aber der große Friedrich winkte ewergisch ab: „Kaf er das!“ Dann sagte er dem Herrn Bodsch soviel bittere Wahrheiten über preussische Justiz und Verwaltung im allgemeinen und das Pärchiner Bauamt im besonderen, daß selbst dem eingeseiltesten Hohenzolzenbercher der Star gestochen worden sein mußte. Von ungeheurer Rubel des draußen wartenden Volkes begrüßt, fuhr der Alte Freit schließlich wieder davon. Aber die Monarchisten des Reiches mit samt ihrem Regierungsrat brüteten Rache. Den Alten Freit können sie leider nicht mehr einsperren und den brauchen sie auch zu ihren monarchistischen Verdummungsagitationen. Dafür aber packten sie wenigstens die Vertreter Friedrichs auf Erden, die drei so wichtig kostümierten Faschingsmasken, und setzten alle drei, nachdem man ihrer habhaft geworden war, hinter Schloß und Riegel. So also mußten Monarchisten ihre eigenen Idole befehlen. Wenn Fridericus rex auferstünde, wäre kein anderer Maß mehr für ihn in dieser Welt als der Rottter.

Beethoven zum Hineinschnuzen. Auf dem Baume der Heldenverehrung wachsen seltsame Früchte: Solch ein Exemplar, das eigentlich schon mehr eine Mißgeburt ist, kann man gegenwärtig, wie unser Unger Parteiblatt erzählt, in einem Schaufenster in Linz bewundern. Und zwar ist diesmal Meister Beethoven das Opfer dieses Verehrungsrites. In dem Schaufenster sind Tafeln über der Aufschrift, jedes in einem Kartton mit einer auf Beethovens hundertsten Todestag bezüglichen Aufschrift; eine Ede des mehr aber weniger geschmackvoll verzierten Tüchleins aber zeigt Beethovens Bildnis. Die Idee eröffnet neue Wege der Berühmtheit und der Reklame. Große Möglichkeiten für große Männer tun sich auf. Wir empfehlen Windisch-Servietten und Silbentener-Handtücher.

Jugentkennung. Die Direktion der Staatsbahnen Prag-Züd verläuft: Freitag um 4 Uhr 30 Minuten entgleiste bei der Abfahrt des Personenzugs Nr. 2209 in Kolin a. d. B. auf dem ersten Geleise beim Wechsel Nr. 55 der Tender der zweifachen Lokomotive. Er rief den Lokführer mit sich, welcher mit beiden Achsen entgleiste. Die Ursache des Unfalles besteht im Bruche der Bahnhöhle auf dem Wechsel Nr. 55. Verletzt wurde niemand.

Infolge eines Rohrbruches drang in der Nacht auf Donnerstag Leuchtgas in die Kellerröhren einer Anzahl von Familien in Ratibor. Dadurch fanden vier Personen den Tod, fünf weitere Personen liegen an schweren Gasvergiftungen darnieder.

Erdbeben in Ungarn. Die Budapest Erdbebenwarte meldet: Freitag früh ereignete sich 80 Kilometer vor Budapest ein Erdbeben. In Budapest dauerte die Erdbewegung drei Minuten. In Bapalota wurde ein starker Erdstöß verspürt. Mehrere Häuser, darunter die Kirche, wurden stark beschädigt. Eine Mauer und etwa 60 Kamine sind eingestürzt. Das Beben dauerte dort 5 bis 6 Sekunden und war von unterirdischem Geräusch begleitet. Dem Erdbeben folgten nach zehn Minuten und um neun Uhr Nachts. Gegen zwölf Uhr wurde in Bapalota ein neuer Erdstöß von derartiger Heftigkeit verspürt, daß ein Haus einstürzte.

Das Urteil gegen Kubel. Der Prozeß gegen den Lokomotivführer Kubel fand am Donnerstag nachmittags seinen Abschluß mit der Verurteilung des Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft und Tragung der Kosten. Er wurde für schuldig befunden eines Vergehens der fahrlässigen Transportgefährdung in Tateinheit mit 28-facher fahrlässiger Tötung und 274-facher fahrlässiger Körperverletzung. Den Schluß der Beweisaufnahme hatte die Vernehmung von fünf weiteren Sachverständigen über Signaleinrichtungen gebildet. Prof. Halter von der Technischen Hochschule München bezeichnete den Münchener Ostbahnhof als eine durchaus unzulängliche Anlage, was jedoch mit dem Unglück selbst nichts zu tun habe. Er stellte jedoch fest, daß der Vorzug, auf den der Unglückszug aufzufuhr, einige Minuten früher hätte in den Bahnhof hereingelassen werden sollen. Daß dies nicht der Fall war, sei bei der Überlastung des Bahnpersonals zu verstehen. Der Staatsanwalt hatte eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren 6 Monaten beantragt.

Fassadenkletterer im Berliner Lützowhotel. Einem Fassadenkletterer gelang am Mittwochabend in einem großen Berliner Lützowhotel am Potsdamer Platz ein fahner Pentagon. Er drang durch ein offenes Fenster und stahl aus dem Zimmer die Briefstiche und Schmuckgegenstände im Werte von mehreren tausend Mark. Bei dem Geschädigten handelt es sich nicht um einen Gast, sondern einen der leitenden Direktoren. Der Täter, bei dem es sich um einen gewerblichen Hoteldieb zu handeln scheint, ist unerkannt entkommen.

Die Einigung der norwegischen Arbeiterklasse

Am 30. Jänner wurde in Oslo am Einigungskongreß von 883 Delegierten, die 76.000 Mitglieder vertreten, die Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei mit der Arbeiterpartei feierlich beschlossen. Der Gedanke der Sammlung der proletarischen Kräfte hat in der norwegischen Arbeiterklasse mächtigen Widerhall gefunden und schon heute ist klar, daß die neue Partei viel mehr darstellt als die Summe der beiden Parteien, aus denen sie entstanden. Die kam auch in der großen Demonstration, die die Arbeiter Oslos am Sonntag, den 30. Jänner veranstalteten, an der sich trotz den Unbilden der Witterung 6000 Genossen beteiligten, zum Ausdruck. Als die beiden Parteien zwei Monate vorher in ihren Landesverbänden die Einigungsgrundlage akzeptierten und der Einigungskongreß einberufen wurde, taten die Kommunisten in ihrem Lager das Dummste, was sie tun konnten. Sie gaben die Parole aus, daß ihre Mitglieder in den Gewerkschaften sich an den Wahlen für den Einigungskongreß beteiligen müßten und die so gewählten Vertreter alles daran setzen müßten, den Einigungskongreß zu sabotieren und zu säuern. Die Verlautbarung dieses Auftrages, den Scheiß aus Moskau mitgebracht hatte, verstärkte in den sozialistischen Arbeitermassen den Wunsch nach Einigung ganz außerordentlich, und die Erbitterung gegen die Feinde der Einigung schlug zum Schluß sehr stark zu Ungunsten der Kommunisten selbst aus. In der kommunistischen Partei selbst regten sich nämlich Stimmen für die Einigung, acht Mitglieder ihres erweiterten Zentralvorstandes stimmten einem Antrag zur Einigung zu, und einige von ihnen wurden schließlich aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen, darunter der Präsident der kommunistischen Parlamentsfraktion, Ståltad, und deren Schriftführer, Mosen. Ebenso wurde von ihnen der kommunistische Redakteur Olaf Larsen zum Austritt gezwungen, weil er für die Einigung war. Mosen und Larsen haben daraufhin in Danmar, wo es früher nur eine kommunistische Partei gab, eine Sektion der vereinigten Arbeiterpartei gebildet, mit dem Ertrag, daß sich die Mehrzahl der Arbeiter Danmarks der neuen Partei angeschlossen.

Die Stimmung in der Arbeiterklasse war deutlich gegen die kommunistischen Sabotageversuche, trotzdem wurde natürlich versucht, die Moskauer Order auszuführen. In einigen Ge-

werkschaften, wo die Kommunisten noch Anhang haben, gelang es ihnen sogenannte „freie Delegierte“ wählen zu lassen. Das Organisationskomitee des Kongresses durchkreuzte aber von vornherein diesen Sabotageversuch, indem es beschloß, sich den Mehrheitsbeschlüssen des Kongresses unterwerfen zu wollen. Damit waren die „freien Delegierten“ von Anfang an ausgeschlossen. Der Kongreß bewilligte ihnen schließlich auf ihren Wunsch die Zulassung einer Delegation zum Zwecke der Abgabe einer Erklärung. Die Delegation kam auch, verlas die Erklärung und entfernte sich folgende. Der große Moskauer Feldzug war auf diese Viertelstunde beschränkt. Die „freien Delegierten“ hielten dann eine Separalkonferenz ab, die mit der Gründung einer „Sammlungs-partei der Arbeiter“ („Arbeiterdes Sammlungs-partei“) endete, also für die Kommunisten, die in den Gewerkschaften immer stärker abwärtsstiegen, eine neue Firma zu schaffen suchte. Das Endergebnis ist also, daß der Zustand hergestellt ist, wie er in den meisten europäischen Ländern besteht: eine starke sozialistische Partei und daneben eine schwache kommunistische.

Dem Einigungskongreß gingen die besonderen Kongresse der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeiterpartei voraus. Die Einigungsgrundlagen wurden mit Einstimmigkeit gutgeheißen. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, Magnus Nilssen, gab dem Schmerz der Versammlung Ausdruck, sich nun von der Sozialistischer Arbeiter-Internationale trennen zu müssen, und sprach die Hoffnung aus, daß die neue geeinte Partei bald in die Reihen des organisierten Weltproletariats zurückkehren werde. Auf dem Kongreß der Arbeiterpartei wurde einstimmig beschlossen, aus dem Pariser Internationalen Informationsbureau, dem die Partei bisher angehört war, auszutreten. Auf dem Einigungskongreß führte Halvard Olsen, der Vorsitzende des norwegischen Gewerkschaftsbundes, den Vorsitz und das Bureau wurde aus Vertretern

Die Industrialisierung des Büros.

Büromaschinen, — Formulare. — Die Proletarisierung der Angestellten. Das Ende des Standesbewußtseins.

In der Industrie der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder vollzieht sich eine scheinbare Revolution, die sogenannte Rationalisierung. Mit den damit zusammenhängenden Fragen haben sich bisher meist amerikanische und reichsdeutsche Unternehmer befaßt, erst in allerletzter Zeit wenden auch die Vertreter der Arbeiterschaft dieser industriellen Revolution, die in ihren Wirkungen an die Umwandlung des Handwerks in die Industrie gemahnt, ihre Aufmerksamkeit zu. Es ist sicher, daß es im Verlaufe dieser Umwälzung zu einer erhöhten Intensität der Arbeit kommt — Arthur Heller vergleicht in seinem Amerikabuch die Arbeit am laufenden Bande mit der von Galeeren-Knechten — und es besteht überdies die Gefahr, daß durch die neue Arbeitsweise, Einführung komplizierter Maschinen, Vereinfachung durch Typen- und Normung, Arbeiter erspart werden und das Heer der Arbeitslosen answächst. Die Arbeiter sind heute keineswegs Feinde des technischen Fortschrittes, sie werden die neuen Maschinen nicht wie ihre Vorgänger es 1844 getan, zerstören, aber sie werden ihre Interessen in dem langsam auch bei uns einsetzenden Uebergang zu anderen Arbeitsmethoden wahren müssen. Wenn die Intensität der Arbeit erhöht wird, muß die Arbeitszeit entsprechend verkürzt werden. Ist die Leistung des Arbeiters eine höhere, dann muß auch die Entlohnung entsprechend erhöht werden. Ist die Arbeit mit mehr Gefahr verbunden, muß auch der soziale Schutz des Arbeiters über das heutige Maß hinausgehen. Aber die Rationalisierung vollzieht sich — und davon soll heute die Rede sein — nicht nur in der Werkstatt des Großbetriebes, sondern auch im Bureau, sie trifft nicht nur den Arbeiter, sondern auch den Angestellten.

Prager Filmwoche.

Der Chicago-Film, der voriges Jahr zwanzig Filme der Warner Bros.-Produktion übernommen hat, bringt diese jetzt allmählich zur Vorführung. Es scheinen wirklich ausgezeichnete Stücke zu sein, denn jeder der vorgeführten Filme ist in irgend einer Hinsicht bemerkenswert. „So ist Paris“ betitelt sich der letzte Ernst Lubitsch-Film, inhaltlich eine hohe Chegechichte, dafür aber in der Ausführung sprühend vor Wit und neckartigen Regieeffekten. Lubitsch ist der anerkannte Meister lustiger Gesellschaftskomödien und er versteht sie mit feinem Spott flott zu bringen, meist herrliche Milieu-Studien, die erbarmungslos die Seele eines Menschen nackt zeigen. Und eben darin ist Lubitsch's Stärke zu suchen: daß er nicht schildert, sondern mit verbindlichem Wachen die Masken der Heuchler und Betrüger, der heßlichen Gesellschaftspuppen und verheirateten Dirnen der „oberen Welt“ herabreißt. Seine Filme sind eigentlich humorvoll, aber im Grunde genommen doch nur voll bitterer Wahrheit, wie sie wirklich sind, in all ihrer Schamhaftigkeit, Dummheit, Voreingenommenheit und Heuchelei. Die Fabel dieses Filmes ist ganz leicht annehmlich an die bekannte „Fledermaus“-Geschichte, und stellt zwei bekannte Paare in den Mittelpunkt der Handlung, dargestellt von Monte Blue und Paissy Ruth Miller, von Henry Berger und Ellen Tschann. Wie glänzend manche Szenen gespielt

werden, zeige eine kleine Probe: Monte Blue geht mit seiner Freundin tanzen und trinkt sich einen tüchtigen Rausch an, der ihm das Leben im rosigen Licht erscheinen läßt. Er schäkert mit allen anwesenden Damen und der einen winkert er schließlich zu, indem er sein linkes Auge zuweist. Dann will er es wieder aufmachen, aber nach längerer Bemühung wird er sich bewußt, daß das Auge nicht mehr aufgeht: er muß es mit der Hand öffnen. Kein Wunder, daß die Zuschauer bei offener Szene zu applaudieren beginnen. Von den registrierten Sachen ist die beste die Aufnahme des Künstlerballets: ein wohlgeordnetes Chaos von tanzenden Paaren, Weinen, Füssen, Gesichtern, Mustern usw. — „Die verhängnisvolle Dreizehn“ (Der geheimnisvolle Schuß) ist eine überaus verzwickte Detektivgeschichte mit gezwungener Handlung, der man aber nicht Spannung und Anregung absprechen kann. Die Geschichte dreht sich um einen dunklen Mord, dessen vier Männer und zwei Frauen beschuldigt werden. Von der Besetzung wäre Irene Rich und Olive Brok zu nennen, im übrigen ist der Film eben Film-Amerika im üblichen Sinne.

Die Industrialisierung des Büros.

Büromaschinen, — Formulare. — Die Proletarisierung der Angestellten. Das Ende des Standesbewußtseins.

Wer heute das Bureau eines Großbetriebes, beispielsweise einer Großbank, besichtigt, wird erstaunt sein über die große Anzahl und die vielen Arten von Maschinen, die er da vorfindet. Es wundert sich insbesondere seit Kriegsende eine rasche Mechanisierung des Betriebes, die Ersetzung der menschlichen Kopfarbeit durch die mechanische Arbeit des Menschen oder der Maschine. Seit vielen Jahren ist es bereits gebräuchlich, ob der Bureauangestellte eine schöne Handschrift hat, die eine seine hauptsächlichste Qualifikation bildet und einer der Hauptgegenstände jeder Handelsschule war. Die Schreibmaschine hat die Handschrift des Angestellten zu einer höchst gleichgültigen Sache gemacht. Aber auch die Kunst des Rechnens hört auf, den Menschen zum Bureauangestellten zu qualifizieren, denn die Rechenmaschine multipliziert und dividieren ab. Die Rechenoperationen aller Abteilungen einer Bank werden von zwei „Maschinisten“ durchgeführt, die den ganzen Tag nichts anderes machen, als die gewünschten Rechnungen mechanisch mittels eines Handgriffes zu „stellen“. Eine Revolution bedeuten die verschiedenen Buchhaltungsmaschinen, die den Buchhalter von einst, der alle Posten fein säuberlich eintrug, schon heute zu einer historischen Figur stempeln, und mit dem Buchhalter verschwinden auch die Bücher, die durch Karten ersetzt werden. An die Stelle der mit Wädeln belasteten Regale, die das Herz des geborenen Buchhalters höher schlagen ließen, treten Kartotheken, die eine viel größere Uebersicht und raschere Erledigung aller Arbeiten ermöglichen. Eine weitere Mechanisierung des Betriebes bedeutet die erhöhte Verwendung der Formulare. In einer Prager Bank nennen die Beamten diese Formulare abteilung die „Fabrik“, die vielen Menschen,

werden, zeige eine kleine Probe: Monte Blue geht mit seiner Freundin tanzen und trinkt sich einen tüchtigen Rausch an, der ihm das Leben im rosigen Licht erscheinen läßt. Er schäkert mit allen anwesenden Damen und der einen winkert er schließlich zu, indem er sein linkes Auge zuweist. Dann will er es wieder aufmachen, aber nach längerer Bemühung wird er sich bewußt, daß das Auge nicht mehr aufgeht: er muß es mit der Hand öffnen. Kein Wunder, daß die Zuschauer bei offener Szene zu applaudieren beginnen. Von den registrierten Sachen ist die beste die Aufnahme des Künstlerballets: ein wohlgeordnetes Chaos von tanzenden Paaren, Weinen, Füssen, Gesichtern, Mustern usw. — „Die verhängnisvolle Dreizehn“ (Der geheimnisvolle Schuß) ist eine überaus verzwickte Detektivgeschichte mit gezwungener Handlung, der man aber nicht Spannung und Anregung absprechen kann. Die Geschichte dreht sich um einen dunklen Mord, dessen vier Männer und zwei Frauen beschuldigt werden. Von der Besetzung wäre Irene Rich und Olive Brok zu nennen, im übrigen ist der Film eben Film-Amerika im üblichen Sinne.



die dort sitzen, haben nichts anderes zu tun, als eben Formulare ausfüllen. Man verucht alle Bureauarbeiten zu typisieren, ein leitender Beamte bezeichnet mit Hilfe welchen Formulare der betreffende Fall behandelt wird und die Sache ist erledigt. Der Text des Formulars ist so angeordnet, daß mittels Durchschlagen gleich mehrere Arbeiten erledigt werden, so wird die Belastung und Entlastung zugleich durchgeführt und ein Teil der Buchungsarbeit gleich mit geleistet. Man sieht, daß infolge der Einführung von Maschinen und Formularen eine Spezialisierung erzielt wird, der uralte der Mensch nur noch eine mechanische Teilarbeit leistet. Der Beamte, der jahraus, jahrein Formulare schreibt, lernt das Geschäft, sei es nun Handel, Industrie, Bankwesen, gar nicht kennen, er ist für eine Teilarbeit spezialisiert, der Weg zu den leitenden Posten wird ihm verschlossen. Das Ideal der Banken von heute ist es auch, den Betrieb mit einigen gutbezahlten leitenden Beamten einerseits und Angestellten andererseits zu leisten, die womöglich auf die Stufe von Arbeitern herabgedrückt werden. Als Vorbild gelten die französischen Banken, an deren Kassen nicht mehr nach der neuesten Mode gekleidete Beamte, sondern uniformierte Unterbeamte antreten. Die Beamten sollen vollkommen proletarisieren werden — das sprechen die Bankdirektoren schon heute mehr oder weniger offen aus.

Die Automatisierung in den Banken hat für deren Leiter keinen anderen Zweck, als mit weniger und billiger bezahlten Beamten ihr einträgliches Geschäft noch einträglicher zu machen. Was den Nachwuchs der leitenden Beamten betrifft, werden sich die Banken diejenigen aussuchen, welche ihnen passen, und diese werden sie alle Abteilungen durchlaufen lassen, während sie die anderen zu lebenslänglichen Formularenschreibern herabzudrücken versuchen werden. Das Proletionsystem in allen Personalfragen wird entscheidend sein, und für die Zukunft des jungen Bankbeamten wird einzig und allein die Laikahe entscheidend sein, ob er der Schilling eines Verwaltungsrates oder Direktors ist oder ob er die Tochter oder Nichte eines einflußreichen Kapitalisten heiratet, so wie in der Zeit der Handverdingnisse nur der Sohn oder Schwiegerlohn des Meisters selbst Meister werden konnte. Daß eine finanziell gesicherte Beamenschaft für Unternehmungen, in denen es sich um Millionenwerte handelt, eine verlässliche Hilfe bedeutet, sei nur nebenbei erwähnt. Die Rationalisierung des Bureaus hebt vielfach die Standesunterschiede unter den Angestellten selbst auf. Der nicht klassenbewußte Bankbeamte blüht noch heute auf den Industrieangestellten herab, wie dieser auf den Handelsangestellten. Der Angestellte in der Bank jedoch der dort Formulare schreibt oder an der Buchhaltungsmaschine sitzt, unterscheidet sich in nichts vom Formularenschreiber in Industrie, Handel und Verkehr. So hebt die wirtschaftliche Entwicklung die Standesunterschiede unter den Angestellten auf und wird ihr Klassenbewußtsein heben. Sie wird den Angestellten zeigen, daß ihrer in der kapitalistischen Gesellschaft dasselbe Schicksal harrt, wie der Arbeiter, und wird den notwendigen festen Zusammenbruch der Angestellten und Arbeiter beschleunigen. Die Rationalisierung in der Industrie bedroht den Arbeiter genau so wie die Rationalisierung im Bureau den Angestellten. Es geht beim Angestellten um alles, um alle sozialen Errungenschaften, die er sich in den letzten Jahrzehnten erlangt hat. Er wird sie nur verteidigen können im Bunde mit der Arbeiterklasse. E. St.

mit Hilfe des unvermeidlichen Autos und eines Aeroplans aus dem fährerlos dahinfahrenden Schneefeld... Schauerlich! Es ist nicht im edelsten Sinne dieses oft gebrauchten Wortes, aber wenn er einetweils anspruchlos ist, andererseits technisch gut gemacht wird, kann man ihn hinnehmen; er verdammt ja nicht und wenn so ein Film eine Tendenz aufweist, ist es höchstens die, daß „wahre Liebe“ doch immer liegt. Die Geschichte ist gut besetzt: außer P. M. Miller sieht man noch Monte Blue, Willard Potts, Mary Carr und Guise Faganda. — Der vierte Film ist ein neuer Sid Chaplin, der noch aus seiner letzten Rolle als Charleys Tante in guter Erinnerung ist. Die Geschichte nennt sich „Die Abenteuer Sid Chaplins“ und zeigt den Bruder des unglücklichen Gemanues Charlie in einer Rolle, für die er ausnehmend geschaffen worden ist, in einer Frauenrolle. Um seiner Angebeteten nahe sein zu können, läßt er sich von ihrem Vater erst als Pferdewärter, dann als Lakai anwerben und vertauscht schließlich diese letzte Stellung eigenmächtig mit der Rolle einer Kammerzofe, in der er den Vater seiner Geliebten nicht nur vor Ruin rettet, sondern außerdem einen Schutten erlöst und das Mädchen gewinnt. Inhaltlich eine Groteske, über die man natürlich nicht nachdenken darf, rollt der Film flott ab und bringt selbstverständlich eine Fülle nistiger Bilder und lustvoller Situationen, die man sich gerne anschaut. Sid Chaplin ist ein meisterhafter Komiker und versteht sich voll zur Geltung zu bringen. Argus.

Kleine Chronik.

Ein wilder Angeklagter. Als wilder Mann spielte sich am Donnerstag vor einem Berliner Landgericht der Schloffer Barany auf, der wegen schweren Diebstahls zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden war, wegen der Berufung eingelagert hatte. Die Strafe war so hoch ausgefallen, weil Barany Mitglied einer gefährlichen Einbrecher-Gesellschaft war. Sie knüpfte Beziehungen mit Hausangestellten an, der eine führte das Mädchen aus und gab dabei dem anderen ein Zeichen, daß die Wohnung unbewacht ist. Als in der Berufungsverhandlung die Strafe nur wenig ermäßigt wurde, schrie der Angeklagte: „Verfluchte Schweinerei! Ich komme ja auch mal raus!“ und sprang über die Anklagebank auf den Richterisch, wo er sich wild gebärdete. Der Justizwachtmeister hatte ihn bald übermächtig.

Eine menschliche Uhr. Ein eigenartiges Experiment wurde dieser Tage mit der berühmten Uhr der St. Pauli-Kathedrale in London gemacht, die den vielen in dem belebtesten Teil der City Tätigen die Zeit angibt. Die Uhr blieb in der Nacht plötzlich stehen und konnte nicht bis zum Morgen repariert werden, so daß die City des gewohnten Zeitmessers hätte entbehren müssen. Deshalb kletterte ein Mann in den Mechanismus der Uhr hinein und stellte, mit einer Uhr in der Hand, von Sekunde zu Sekunde den großen Zeiger der Uhr. Drei Stunden lang arbeitete er so, und kein Mensch auf der Straße, der zum Zeiger emporkam, konnte erkennen, daß sich da etwas Ungewöhnliches ereignete. Unterdessen wurde der Mechanismus der Uhr eingehend untersucht und die Reparatur vorgenommen, so daß der menschliche Uhrer seine Arbeit ausgeben konnte.

Bolkswirtschaft.

Steigen der Preise von Kaffee und Schokolade.

In der letzten Zeit sind die Preise der Kaffeebohnen bedeutend in die Höhe gegangen. Im Jänner 1926 kosteten Kaffeebohnen unverzollt ab Hamburg per 50 Kilogramm etwa 40 Schillinge oder über 300 Kronen, im März 1927 aber etwa das Doppelte, nämlich 80 Schillinge oder über 600 Kronen. Ungerechnet würden sich diese Preise ab Prag verzollt stellen: im Jänner 1926 auf neun Kronen per Kilogramm, im März 1927 auf das Doppelte. Die Preissteigerung der Kaffeebohnen wird vor allem auf die schlechte Ernte dieser Frucht zurückgeführt.

Selbst wenn dies wahr ist, gäbe es jedoch ein Mittel, um die Teuerung des Kaffees zu lindern, und zwar durch die Aufhebung des Zolles auf Kaffeebohnen, der gegenwärtig 120 Kronen beträgt. Dadurch würde also der Preis schon um über eine Krone sinken und die Bevölkerung könnte sich dieses nahrhafte Genußmittel billiger verschaffen. Die Aufhebung des Zolles kann aber auch schon aus dem Grunde erfolgen, weil es sich hier um einen reinen Finanzzoll handelt und niemand durch die Aufhebung des Zolles geschädigt würde. Auch noch aus einem anderen Grunde ist die Aufhebung des Kaffeezolles notwendig. Durch den eben mit der Schweiz abgeschlossenen Handelsvertrag wird der Zoll auf schweizerische Kaffeeprodukte herabgesetzt. Da nun in der Schweiz kein Einfuhrzoll auf Kaffeebohnen besteht und die schweizerischen Schokoladenfabriken sich außerdem den Zucker viel billiger verschaffen, geraten unsere Schokoladenfabriken, die einen Einfuhrzoll für Kaffee bezahlen und außerdem den mit hohen Steuern belasteten Zucker verwenden müssen, in den Nachteil. Aus allen diesen Gründen ist also die Aufhebung des Kaffeezolles eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit im Interesse unserer Industrie und im Interesse der Konsumenten.

Unter Außenhandel mit Sowjetrußland.

Während von 1925 auf 1926, wie wir erst unlängst berichteten, der Außenhandel Rußlands mit Deutschland einen bedeutenden Aufschwung zu verzeichnen hatte, ist der Handel der Tschechoslowakei mit Rußland in derselben Zeit zurückgegangen. Unsere Ausfuhr nach Sowjetrußland hat im Jahre 1925 404 Millionen Kronen betragen, 1926 aber nur 155 Millionen. Von 1925 auf 1926 ist also unsere Ausfuhr um nicht weniger als 62 Prozent zurückgegangen. Dagegen ist die Ausfuhr Rußlands in die Tschechoslowakei gestiegen, und zwar von 34 auf 79 Millionen, also um 140 Prozent. Infolge dieser Entwicklung ist das Aktivum unserer Handelsbilanz gegenüber Sowjetrußland, das im Jahre 1925 371 Millionen betragen hat, auf 77 Millionen gesunken. In der Einfuhr in die Tschechoslowakei sind in erster Linie Mineralöle hervorzuheben, in der Ausfuhr nach Rußland Maschinen, Baumwollwaren, Eisen und Papierwaren.

Tschechoslowakische Banknoten.

Bisher gab es in der Tschechoslowakei nur Staatsnoten, da das die Noten herausgebende Institut seinerzeit das Bankamt des Finanzministeriums gewesen ist. Seitdem es aber eine tschechoslowakische Nationalbank gibt, ist die Herausgabe von Papiergeld deren Angelegenheit geworden und es werden nun, wie die „Morodni Politika“ schreibt, schon zu Beginn des nächsten Monats 10 und 20 Kronen-Noten, also Banknoten, herausgegeben werden.

Betriebsauswahlwahl in der Tabakfabrik Břežburg. Vor einigen Tagen fanden in der

Deutscher Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag.

Am Montag, den 7. März, veranstaltete der Verein im Urania-Kino (Smetanagasse, Hundwerferheim) eine Sondervorstellung mit dem Motto:

Der Film im Dienste der Körperkultur
Zur Vorführung gelangt der proletarische Kulturfilm:

Die neue Großmacht,

eine packende Wiedergabe der glänzenden Bilder von der Frankfurter Arbeiter-Olympiade. Dazu Aufnahmen vom Karlsbader Bundesturnfest und als Beigabe die verfilmte Massenkundgebung beim Begräbnis des Genossen Hillebrand.

Die Vorstellung beginnt um 10 Uhr abends. Plätze zu 2, 3, 4, 6 und 8 K. Kartenvorverkauf beim Vereinskassier Tetenkla, (Relazanka 18), bei Optiker Deutsch, im Verein deutscher Arbeiter, sowie bei den Funktionären.

An alle Vereinsmitglieder, sowie an die Angehörigen der Prager Bruderorganisationen ergeht der Ruf, diese Sondervorstellung zahlreich zu besuchen.

Die Vereinsleitung.

Tabakfabrik Břežburg die Betriebsauswahlwahl statt, die trotz der schamlosen Gegeragitation seitens der Kommunisten und ihren Freunden, den Christlichsozialen, einen vollen Erfolg der sozialdemokratischen Parteien brachten. Es wurden drei tschechoslowakische, zwei deutsche Sozialdemokraten und ein Christlichsozialer gewählt.

Prager Produktenbörse. (Offizieller Bericht vom 4. März.) Die Börse war sehr schwach besucht und auch das Geschäft war minimal. Die Tendenz am Getreidemarkte war eher flauer, obwohl der Unterschied in den Preisen nicht ausgedrückt ist. Eine schwächere Stimmung herrschte hauptsächlich für Hafer und Roggen, während bessere Weizen- und Gerstentorten ihre Preise zu behaupten vermochten. Auch Mais lag etwas abgeschwächt, doch kam es zu keinen Preisveränderungen. Die übrigen Marktgebiete blieben überwiegend ruhig und weisen keinerlei Preisveränderungen auf. Nur amerikanisches Fett lag um 10—30 K an (13.50—13.70 ab Teschen).

Devisenkurse.

Prager Kurse am 4. März.

	Geld	Ware
100 holländische Gulden	1349.50	1255.50
100 Reichsmark	718.10	802.10
100 Belgas	498.62 1/2	470.75
100 Schweizer Frank	647.50	670.75
1 Pfund Sterling	168.30	164.45
100 Lire	148.30	140.70
1 Dollar	33 61 1/2	33.91 1/2
100 französische Francs	13.75	132.95
100 Dinars	59.10	59.90
100 Pengas	280.62 1/2	282.62 1/2
100 polnische Bloth	376. —	376. —
100 Schilling	474.37 1/2	477.37 1/2

Aus der Partei.

Deutsche Sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag. Dienstag, den 8. März, abends halb 8 Uhr, im Zimmer der Bildungszentrale, Prag II., Relazanka 18, Bezirksvertreterversammlung. Das bestimmte Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Kunst und Wissen.

Molinari-Konzert. Es ist ungefähr fünf Jahre her, daß Bernardino Molinari zum erstenmale in Prag als Gastdirigent der tschechischen Philharmonie am Dirigentenpulte erschien und Publikum und Kritik im Sturm eroberte. Seit diesen ersten triumphalen Erfolgen gehört dieser italienische Meisterdirigent, neben Toscanini sicher der bedeutendste italienische und einer der größten internationalen Konzertdirigenten überhaupt, zum regelmäßig wiederkehrenden Gast der Prager Konzertsäle. Bei seinem ersten diesmahligen Prager Konzerte am 8. März im Smetanasaal hatte Molinari auf ein großes symphonisches Programm verzichtet. Kleinere symphonische Werke und Ouvertüren zeigten uns Molinari diesmal als außerordentlich stilwandlungsfähigen Interpreten ausdrucksintensiver symphonischer Kleinkunst. So viel man auch gegen dieses Programm vom Standpunkte des Stilgefühltes aus einzutenden hätte, so viel hat doch Molinari in ihm zu sagen gehabt und die Kunstbegeisterung entsacht, daß jeder Einwand verstummt. Daß Molinari mit sanftmütiger Hingabe und ekstatischer Leidenschaftlichkeit seines Dirigentenamtes walte, wissen wir von früher her, so oft wir diesen Meisterdirigenten in ungezügelter temperamentvoller Verschwendung all seiner körperlichen und geistigen Kräfte am Pulte tätig sahen; was er uns in diesem Konzerte als besonders Offenbarung seines Dirigenten-genies zeigte, war die

Herausgeber Dr. Ludwig Czsch.
Verantwortlicher Redakteur Dr. Emil Strauß
Druck: Deutsche Zeitungs-A.G., Prag.
Für den Druck verantwortlich: D. Holik.

unglaubliche Kraft der Willensübertragung auf das ausführende Orchester, das er zu schier übermenschlicher Leistungsfähigkeit anspornte, und die unerhörte Straffheit und Festigkeit seiner Tempis und seines Rhythmus. Einige Werke der diesmahligen Vortragsordnung haben wir von Molinari bereits bei früheren Anlässen, teilweise sogar in der unvergänglich ein- drucksvollen Wiedergabe durch sein eigenes „Augusteum“-Orchester aus Rom, gehört. Als Neuheit brachte der gefeierte Dirigent das Vorspiel zur „Sizilianischen Vesper“ von Verdi, eine ebenso farbenreiche wie rhythmisch wirkungsvolle symphonische Suite „La Giara“ („Der Kelch“) nach der choreographischen Komödie gleichen Namens von dem italienischen Neutöner Cellista, eine Meditation auf den St. Benedikt-Choral von dem Prager tschechischen Lieddichter Sul, des Russen Borodino symphonische „Stizze aus Mittelasien“ und das Scherzo aus Mendelssohns „Sommerachtsstraum“. Musik. In der Caesarsuite wirkte als Gesangsmitglied der Tenor des Prager Deutschen Theaters Otto Macha verdientvoll mit. Außerordentliche künstlerische Arbeit verrichtete das Orchester der tschechischen Philharmonie, das sich mit Feuereifer in den Dienst des Molinari'schen Willens gestellt hatte. Leider war der Versuch des Konzertes nicht so erfolgreich wie es Molinari's geniale Kunst der Stabführung und Interpretation verdient hätte.

Mitteilungen aus dem Publikum.
Das Beste für Ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch, Prag,**
Graben 25, Kl. Bazar.



Turnen und Sport.

Sport in freier Natur.

Die Sportbewegung ist im nächsten Wachstum begriffen. Die engumgrenzten Sportplätze, die unmauerten Schwimmbäder genügen dem Sportmenschen nicht mehr. Er will in der Ausübung seines Sportes nicht an das zufällige Vorhandensein einer dazu eigens geschaffenen Anlage gebunden sein. Er treibt ihn hinaus zu Wald- und Straßläufen, zu Bergausfahrten, zu Strom- und Weereschwimmfahrten in Schwimmannen und Bootfahrten. In letzter Zeit ist er sogar hinaufgestiegen in die winterliche Berg-einsamkeit, um dort Schneelaufräupfe auszutragen.

In diesem Streben, die freie Natur zu seinem Lebensfeld zu machen, löst der Sportler auf den Widerstand seiner breiten Volksgenossen, die die Natur zu ihrem Tempel gemacht hat, in dem sie sich die Kraft holt, die Last des Lebens zu tragen. Sie fühlt durch das nummiere Treiben der hektisierenden Masse den heiligen Frieden bedroht, der sie bisher umgeben hat.

Wenn auch Gegnerischkeit leicht zum Kampfe reizt, so mögen wir uns doch zunächst fragen, ob unser Tun nicht tatsächlich berechtigten Anlaß zu der Abwehr gibt, die man ihm entgegensetzt. Zwar wollen wir nicht mit Menschen rechnen, die sich die Anstöße ungeeignet haben, doch jedermann sich zum Sportmenschen erniedrigt, der an einem Wettkampf auf Schneschuhen teilnimmt, denn wir und unsere Jugend tragen den Namen Sportler mit dem Stolz desjenigen, den das Bewußtsein durchdringt, einer hohen und reinen Bewegung zu dienen. Aber wir sind bereit, unser Tun vor jenen zu rechtfertigen, die unserer Richtung die gleiche strenge Berechtigung zuerkennen, die sie ihrer eigenen Meinung zuschreiben.

Die Grundfrage ist die: Welche Stellung müssen wir zur Natur einnehmen? Ist die Natur tatsächlich das unabsehbare, berechnungswürdige, große in unserem Leben, an dem wir uns bei jeder Berührung erneuern, oder ist sie nur der Ort und Zeit wechselnde, uns in unseren Treiben nicht beeinflussende Schauplatz unseres Handelns?

Sie ist beides. Der Arbeiter, der sechs Tage lang im sonnennarmen Dunkel einer schmutzigen Werkstätte steht; der sechs Tage lang dem betäubenden Lärm der Maschinen, dem Gohaste des Fabrikbetriebes ausgesetzt ist, dieser Mann hat ein gutes Recht darauf, den siebenten Tag der Woche in der reinen, sonnenhellen Landschaft, im schweigenden Frieden des Waldes zu verbringen.

Jein Tausende aber, denen trotz Zauberkeit und Ruhe ihrer Arbeitsstätte ihr Beruf eine Fessel ist, die sich gleichschwer auf die Schwingen ihrer Seele legt, diese Tausende armen auf, wenn sie endlich Gelegenheit finden, ihrer Kraft bewußt zu werden. Die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens hat eine Anzahl Menschen geschaffen, die so fühlen, und schafft deren immer mehr. Sie bilden das fort und fort wachsende Heer der Sportler. Sie haben das Unwahrscheinliche zur Wahrheit werden lassen, daß Menschen, die die ganze Woche über in harter Fron stehen, ihre kurze Freizeit bei schweißtreibender Arbeit verbringen und dann noch gekräftigt an ihre Wochenarbeit gehen.

Wenn diese Menschen hinausgehen und ihren Sport in Wald und Flur, auf Strom und Berg ausüben, haben sie dann nicht den doppelten Gewinn? Verbinden sie dann nicht das Gefühl höchster Kraft mit dem Erleben vollendetester Schönheit? Dabei ist vom gesundheitlichen Wert noch gar nicht gesprochen worden, der beim Waldlauf nicht kleiner ist als beim

Archaischem gestoben. Mittwoch ist in Warschau der russische Schriftsteller Michail Petrowitsch Argbaschow gestorben, von dessen Werken besonders der Roman „Szanin“ weite Verbreitung fand.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters, Sonntag (97—1), 7 Uhr: „Das Schwalbennest“. Sonntag, 11 Uhr: „Deutscher Singsverein“. 2 1/2 Uhr nachm. Arbeiter-Vorstellung: „Der große braune Krug“, „Tartuffe“. 7 Uhr: „Rienzi“. Montag (98—2), 7 Uhr: „Die Fledermaus“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Sonntag: „Toni“. Sonntag, 3 Uhr: „Doktor, laß dich nicht verführen“. 7 1/2 Uhr: „Toni“. Montag: „Dobere Calais“.

Der Film.

Urania-Kino in Prag. — Der Feldherrnhügel. Das bekannte Bühnenlustspiel von Roda Roda und Carl Böhmert feiert in diesem lustigen Stück seine filmische Auferstehung. Ein ausgesprochenes Militärfilm, aber nicht in der gewohnten Art und Weise, sondern eine glänzende Verkörperung des alten Lesereich, wie es eben nur einen Roda Roda in seinem lebenswichtigen, aber dennoch heiklen Spott gelingt. Das flotte Tempo und die bemerkenswerte Fokussierung stemeln den Film zu einem Schlager erster Güte. Den unwiderstehlichen Mitstreiter Rudi spielt Barry Liedtke, seine Frau Maria Mindigenti, seine „Braut“ Olga Tschichowa. Den Bantofschelb von einem Obersten, der von seiner Gattin (Missi Zwergen) den „Befehl“ erhält, sich die Generalampas zu verdienen, verkörpert Hans Junkermann, ein Ehepaar, das sich zeigen kann. Eine ganze Reihe lustiger Gestalten — es sei nur der Offiziersdiener Geza L. Weiß (Filmdebut in dem Epa de Putti-Film „Junges Blut“) oder der vertriebelte Erzherzog erwähnt — und altliche Einfälle machen den Film bunt und lebenswert. Man kann sich über den Militarismus nicht feiner und lebenswürdiger lustig machen, als es in diesem Film geschieht. Die Regie des Stückes ist auffallend sicher und zielbewußt. Argus.

bloßen Spaziergang, und beim Telemarkschwingen nicht minder groß ist als beim Betrachten der untergehenden Sonne.

Und noch eines: Frage sich doch jeder selbst, der einmal jung war, ob er damals jener Naturchwärmer war, zu dem er heute im reifen Alter die Jugend gern erziehen möchte, oder ob damals sein größtes Erlebnis auf einem Ausflug nicht jene Minuten waren, in denen er über eine steile Höhe hinabrollte; auf einem Baum über einen breiten Bach ging; in einen tiefen Graben sprang oder auf Felsen und Bäumen herumkletterte? Und kam dann nicht ein Zeitabschnitt, in dem die Zahl der zurückgelegten Kilometer den Wert eines Ausfluges bestimmte? Heute freilich schämen wir uns unseres Treibens von damals, und wenn wir von der ganz gestrigen Art sind, reden wir uns ein, wir seien andere, Bessere gewesen, als sie die heutige Jugend darstellt. Ja, wir haben keine Waldläufe mitgemacht, sind nicht über Sprunghügel hinweggeschossen — denn so etwas gab es in unserer Jugendzeit in unseren Gegenden noch nicht. Darin liegt die Ursache unserer Jugendstillsamkeit.

Es gibt auch heute brave Jungen, die im Betrachten der Natur ihr höchstes Entzücken finden und dabei nicht einmal verliebt sind. Aber die heutige Welt braucht tapferere Männer, nicht Jünglinge, die kein Anbild einer Landschaft in schmerzenden Genuß vergehen; Jünglinge, die ein Windhauch des Erlebens aus dem feilschen Gleichgewicht wirft.

Dabei wollen wir uns unserer Kampfesfrohen Jugend freuen und sie gewähren lassen in ihrem selbstgewählten Treiben auf dem Lande und im Wasser, auf den Bergen und in den Niederungen. Daß ihr starkes Spiel nicht verheerender Ernst werde, dafür werden wir Sorge tragen.

w. s. im Linzer „Tagblatt“.

NW&K WOLLGARNE

SPORTWOLLEN
Matador
Alpia
Gisela
Ariadne

führend in Güte u. Farben

Überall erhältlich. Auf Wunsch Bezugsquellen-Nachweise durch Neudecker-Wollkammerei & Kommodegarnspinnerei A.G. in Neudeck.